SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Die linken Parteien in der Ukraine

Haran', Oleksandr

Veröffentlichungsversion / Published Version
Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Haran', O. (2000). *Die linken Parteien in der Ukraine.* (Berichte / BIOst, 27-2000). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-41673

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis
Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaften

Mitglied der
Leibniz-Gemeinschaft

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 2000 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit vorheriger Zustimmung des Bundesinstituts sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.
Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet-Adresse: http://www.biost.de
E-mail: administration@biost.de

ISSN 0435-7183

Inhalt

	Seite
Kurzfassung	3
1. Zusammenbruch der KPU (KPdSU)	7
2. Die Entstehung der Linken unter den Bedingungen des Mehrparteiensystems	8
2.1 Die Sozialistische Partei der Ukraine	9
2.2 Die Bauernpartei der Ukraine	11
2.3 Die Kommunistische Partei der Ukraine	12
2.4 Die Progressive Sozialistische Partei der Ukraine	13
3. Programmpunkte der Linken	14
3.1 Das Verhältnis zu den Postulaten des "Marxismus-Leninismus"	14
3.2 Das Verhältnis zum Sowjetsystem und zum gemischten Wirtschaftssystem	16
3.3 Nationalstaatliche Fragen	17
4. Die relativen Erfolge der Linken bei den Parlamentswahlen. Die Besonderheiten des Wählerverhaltens	19
5. Spaltung der Linken und Wiederholung des "russischen Schemas" bei den Präsidentschaftswahlen	26
6. Bildung einer nichtlinken Parlamentsmehrheit	32
7. Das Abdriften der SPU zur Mitte und die Strategie der KPU	34
8. Ausblick	38
Abkürzungsverzeichnis	41
Summary	43

16. Oktober 2000

Dieser Bericht ist aus einem Forschungsauftrag des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien hervorgegangen.

Der Verfasser ist Direktor des Zentrums für nationale Sicherheitsstudien an der Universität "Kyïv-Mohyla-Akademie", Kiev.

Redaktion: Gerhard Simon

Übersetzung: Christel Dittmann/Bernd Bentlin

Oleksandr Haran'

Die linken Parteien in der Ukraine

Bericht des BIOst Nr. 27/2000

Kurzfassung

Vorbemerkung

Dieser Bericht behandelt die linken politischen Parteien in der Ukraine seit der Unabhängigkeit. Dabei wird besonderer Wert auf die Entwicklung in den letzten beiden Jahren gelegt. Als Quellen dienen die ukrainische Publizistik sowie eine Fülle von Materialien, die von den Parteien zur Selbstdarstellung herausgegeben worden sind.

Ergebnisse

1. Im ukrainischen politischen Lexikon versteht man unter den "linken Kräften" gewöhnlich Parteien, die links von der Sozialdemokratie angesiedelt sind. Die wichtigsten sind die Kommunistische Partei der Ukraine (KPU) und die Sozialistische Partei der Ukraine (SPU). Die sozialdemokratische Nische ist in der Ukraine de facto bis jetzt nicht besetzt. Die sogenannten Vereinigten Sozialdemokraten – SDPU(o) – sind tatsächlich eine oligarchische Struktur und ein Bestandteil der "Partei der Macht".
2. Alle linken Parteien entstanden auf der Grundlage der KPU, die ein Teil der KPdSU war. Auf sie kann man jedoch nur teilweise den Terminus Nachfolgeparteien anwenden. Das hängt damit zusammen, daß in erster Linie jener Teil der Nomenklatura, der sich in die parteilose "Partei der Macht" verwandelte, die materiellen und organisatorischen Ressourcen der ehemaligen KPU übernahm.
3. Die wiedererstehende KPU verblieb auf ziemlich orthodoxen Positionen. Gleichzeitig hatten die Kommunisten der Ukraine im Unterschied zu Rußland in der SPU einen starken Partner und Konkurrenten, der auch links und auf der Grundlage des mit der KPU gemeinsamen Vorläufers enstanden war, der jedoch flexiblere Positionen einnahm als die KPU.
4. Die Position der KPU unterscheidet sich in Fragen des Nationalstaates wesentlich von der Position der Kommunistischen Partei Rußlands, die vor allem die Interessen der "Titularnation" vertritt. Die ukrainischen Linken vereinigen die Stimmen der prorussisch eingestellten Wählerschaft auf sich. Doch trotz UdSSR-Rhetorik streben sie nicht die Wiederhersellung der UdSSR an. Die Praxis der KPU unterscheidet sich zudem von ihrer Rhetorik.

5. Das Paradox der Wählerunterstützung der Linken zeigte sich besonders deutlich darin, daß die Parteilisten bei den Parlamentswahlen1998 37,3% der Stimmen erhielten. In den Direktwahlkreisen gewannen sie jedoch nur 21,5% der Mandate und in den lokalen Radas nur 3,3%. Die KPU ist zwar die dominierende Kraft unter den Linken, doch wegen ihrer Orthodoxie war SPU-Führer Oleksandr Moroz der gefährlichste Gegner von Präsident Leonid Kučma bei den Präsidentschaftswahlen 1999. Nachdem die Präsidialadministration die Linken gespalten hatte, stellte sie sicher, daß der für sie weniger gefährliche KPU-Führer in den 2. Wahlgang kam. Auf diese Weise wurde das "russische bipolare Modell": Machthaber gegen "kommunistische Gefahr" wiederholt.

6. Nach den Präsidentschaftswahlen gelang es im Parlament, eine nichtlinke Mehrheit zu bilden. Die Stärkung der propräsidentischen Kräfte kann zur Durchführung von Reformen genutzt werden. Zugleich gibt es eine Bewegung zum Autoritarismus. Nach dem sogenannten Referendum "auf Volksinitiative" am 16. April 2000 kann es dahin kommen, daß die Exekutive ohne entsprechende Gegengewichte ist.

7. Die Niederlage bei den Wahlen 1999 führte nicht zur Erneuerung der KPU. Das entspricht den Interessen der Präsidialadministration: gegen eine nichtreformierte kommunistische Partei läßt sich leichter kämpfen. Die SPU dagegen hat genügend Entwicklungspotential in Richtung linke Sozialdemokratie. Sie nimmt eine Zwischenstellung zwischen Kommunisten und traditioneller westlicher Sozialdemokratie ein und erinnert in diesem Sinn an die "erneuerte" Französische Kommunistische Partei oder an die Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) in Deutschland.

8. Die Präsidialadministration wird offensichtlich weiterhin die Linken spalten und sogar Pseudostrukturen mit dem Wort "kommunistisch" im Namen benutzen. Schließlich könnte versucht werden, die Radikalen von der KPU abzuspalten.

9. Die SPU hat teilweise ihre Beziehungen zur Nomenklatura aufrechterhalten (obwohl sie in letzter Zeit deutlich schwächer geworden sind) und Kontakte zu den neuen Businessstrukturen aufgenommen. Zugleich werden die Jahre, in denen sich die SPU in der Opposition befand, dazu führen, daß sie die Rechte der Lohnarbeiter und der Mittelklasse besser schützt als die oligarchische SDPU(o).

10. Ein wichtiger Faktor für die Evolution der SPU zur Sozialdemokratie hin könnte die Position der Sozialistischen Internationale sein. Sollte die Sozialistische Internationale die SDPU(o) als ihren Partner anerkennen, dann könnte dies die Motivation für die SDPU(o), eine wirkliche sozialdemokratische Partei zu werden, eher schwächen.

11. Am wahrscheinlichsten sind folgende Szenarien: 1. das "pessimistische" Szenario – Fortsetzung der jetzigen Situation, Stagnation, das linkszentristische Lager ist gespalten und zwischen KPU und SDPU(o) eingeklemmt; 2. das "optimistische" Szenario – die SPU driftet weiter zur Sozialdemokratie und bildet eine Koalition mit anderen linkszentristischen und sogar zentristischen Kräften.

12. Eine spezifische Untervariante des "optimistischen" Szenarios ist das Aufkommen einer reformierten KPU. Sie trennt sich von den Radikalen, und an ihrer Spitze stehen Führer,

für die wenn schon nicht die PDS, so doch die Kommunistische Partei Chinas (die die Marktwirtschaft mit dem Nationalkommunismus verbindet) Modell ist.

Im ukrainischen politischen Lexikon versteht man unter den "linken Kräften" gewöhnlich vier Parteien: die Kommunistische Partei der Ukraine (KPU), die Sozialistische Partei der Ukraine (SPU), die Bauernpartei der Ukraine (SelPU) und die Progressive Sozialistische Partei der Ukraine (PSPU). Diese Parteien sind links von der Sozialdemokratie sowohl im traditionellen Verständnis als auch ausgehend von den Realien der ukrainischen Politik angesiedelt.

Die sozialdemokratische Nische ist bis jetzt nicht besetzt. Schon auf ihrem Gründungskongreß 1990 spalteten sich die Sozialdemokraten in "Linke" und "Rechte" und kamen nicht über den Rahmen von "Clubs" hinaus. Einer dieser "Clubs" (mit "rechter" Orientierung) geriet 1997 unter die Kontrolle der Oligarchen Viktor Medvedčuk und Hrihorij Surkis. Die proklamierte (vereinigte) Sozialdemokratische Partei der Ukraine war ein Zweig der "Partei der Macht" und hat gegenwärtig wenig gemein mit der Sozialdemokratie.

Für die Linken in der Ukraine gibt es gegenwärtig zwei Alternativen: a) zwischen Kommunismus und Sozialdemokratie; b) zwischen "erneuerter Union" und Unterstützung der Unabhängigkeit. Die Evolution der Linken zur Sozialdemokratie würde nicht nur der nationalen Diskussion hinsichtlich der weiteren Entwicklung der Gesellschaft ihre Schärfe nehmen und die Gesellschaft von der Notwendigkeit, zwischen zwei extremen Polen der gesellschaftlich-politischen Alternative zu wählen, befreien, sondern würde auch zu einer Kettenreaktion der ideologischen Revisionen seitens der anderen Parteien, vor allem der zentristischen, und zu einer neuen Formierung der Blöcke führen.

1. Zusammenbruch der KPU (KPdSU)

Alle linken Parteien sind historisch, personell und in bedeutendem Maße ideologisch mit der KPU verbunden, die ein Teil der KPdSU war. In sowjetischer Zeit war die KPU im Vergleich zu den kommunistischen Parteien des Baltikums oder der Moskauer Parteiorganisation immer eine konservativere Kraft. Moskau führte einen erbitterten Kampf gegen den "ukrainischen bourgeoisen Nationalismus", und deshalb strebten die KPU-Führer danach, "päpstlicher als der Papst" zu sein.

Während der "Perestroika" erlebte die KPdSU drei wichtige Abwanderungen ihrer Kader. Die erste Abwanderung erfolgte während der Gründung der "Volks-Ruch der Ukraine für die Perestroika" 1989/90. Die zweite erfolgte mit der Entstehung der "Demokratischen Plattform in der KPdSU" und der "Demokratischen Plattform in der KPU" Anfang 1990. Auf der Grundlage der Plattform in der KPU entstand Ende 1990 die Partei der demokratischen Wiedergeburt der Ukraine, in der es einen sozialdemokratischen und einen liberalen Flügel gab.

Die dritte Abwanderung war mit der Wiedererstehung des "Nationalkommunismus"[1] in einem Teil der Parteinomenklatura verbunden, die in den Jahren der "Perestroika" in die Radas der verschiedenen Ebenen wechselte und die sich allmählich von der "führenden Rolle" der kommunistischen Partei befreit hatten (diesen Kurs verfolgte 1990/91 der Vorsitzende der Verchovna Rada (VR) der Ukraine, Leonid Kravčuk, ehemaliger Ideologiesekretär, danach Zweiter Sekretär des ZK der KPU). Im Zerfallsprozeß der UdSSR übernahm die KPU unter dem Druck der Opposition etliche Programmpunkte der Ruch; am 16. Juli 1990 unterstützte die kommunistische Mehrheit der VR der USSR die Deklaration der staatlichen Souveränität der Ukraine, die radikaler als die analoge Erklärung Rußlands war.

Während die "orthodoxe" Führung der KPU im August 1991 die Putschisten in Moskau de facto unterstützte, erklärte Kravčuk, daß es notwendig sei, die Verfassungen der UdSSR und der Ukraine einzuhalten. Das Scheitern des Putsches führte zur völligen Demoralisierung der KPU. Am 24. August stimmte die kommunistische Mehrheit in der VR für die Unabhängigkeit der Ukraine und die Entfernung der KP aus den Machtstrukturen. Nach dem Verbot der Kommunistischen Partei in Rußland verbot das Präsidium der VR mit seinen Ukasen vom 25. und 30. August die Tätigkeit der KPU, die die zahlenmäßig stärkste Partei in der Ukraine war (3 Mio. Mitglieder). Doch die Mehrheit der einfachen Mitglieder der KPU sowie der Parteinomenklatura trennte sich friedlich von ihr. Jetzt agitierte Kravčuk mit der schon "parteilosen" Nomenklatura (die sogenannte "Partei der Macht") gemeinsam mit Ruch für Unabhängigkeit, Demokratie und Marktwirtschaft. Der "Preis" für diese Umkehr eines Teils der KPU waren der Machterhalt der Nomenklatura und die Verzögerung des Reformprozesses.

Die Vorherrschaft der "Orthodoxen" in der KPU (KPdSU), die keinen Dialog mit der Opposition (nach dem Modell des polnischen "runden Tisches" zwischen Kommunisten und Solidarność) und entsprechend keine Modernisierung der Partei anstrebten (jene, die mit Kravčuk an der Spitze einen Dialog wollten, verließen die KPU), erklärt in erheblichem Maße die Starrheit der linken Parteien, die nach dem Verbot der KPU auf deren Grundlage entstanden. Die nach dem Verbot wiedererstandene KPU strebte nach "Restauration" und appellierte an die Nostalgie nach sozialer Stabilität der späten UdSSR.

2. Die Entstehung der Linken unter den Bedingungen des Mehrparteiensystems

Nach dem Verbot der KPU beschleunigte sich unter ihren ehemaligen Mitgliedern der Differenzierungsprozeß, der in den Jahren der "Perestroika" begonnen hatte. Deshalb entstand die linke Bewegung in der Ukraine als immanent pluralistisches Phänomen.

---

[1] Nach Meinung des amerikanischen Historikers James Mace ging der Versuch, die Ideen des Nationalkommunismus in der Ukraine in den 20er Jahren in die Praxis umzusetzen, der Politik Titos in Jugoslawien voraus; damals spielte die Ukraine in der UdSSR die Rolle, die Polen im Sowjetblock Ende der 50er/Anfang der 60er Jahre spielte. (James Mace, Communism and the Dilemmas of National Liberation. National Communism in Soviet Ukraine, 1918-1933. Cambridge (Mass.), 1983. S. 264, 306-307).

Wichtigster Faktor für das Wiederaufleben der Sympathien gegenüber den Linken war zweifellos die Wirtschaftskrise, die durch die Konkurrenzunfähigkeit der Produktion, durch die Beeinträchtigung der traditionellen Beziehungen zu den GUS-Ländern und durch Stagnation des Reformprozesses hervorgerufen wurde. In den Jahren 1992-1997 ging das Bruttoinlandsprodukt um 54%[2] zurück. Der Zusammenbruch der UdSSR führte zur psychologischen Unzufriedenheit der Mehrheit der Bevölkerung des russifizierten Südens und Ostens der Ukraine. Im Massenbewußtsein hielt sich das von der KPdSU konstruierte Stereotyp des "ukrainischen bourgeoisen Nationalismus", der mit der Diskriminierung nichtukrainischer Ethnien assoziiert ist. Vor dem Hintergrund ständiger Konflikte in den nichtkommunistischen Parteien erschien die traditionelle Disziplinniertheit der Linken vielen als ein Faktor zur Überwindung der Krise.

2.1 Die Sozialistische Partei der Ukraine

Im Oktober 1991, nur zwei Monate nach dem Verbot der KPU, fand in Kiev der Gründungskongreß der SPU statt. Ihr charismatischer Führer war Oleksandr Moroz, Vertreter der "mittleren Ebene" der KPU (sein höchster Posten in der KPU: Leiter der Agrarabteilung des Kiever Gebietskomitees, 1990 Sekretär der VR-Kommission für den agroindustriellen Komplex, Führer der kommunistischen Mehrheit in der VR).

Schon im November 1990 schlug Moroz, der von seiner früheren Position abgegangen war, eine Föderalisierung der KPdSU[3] vor. Am 24. August 1991 erklärte er, daß er bereit sei, die "Ukrainische Kommunistische Partei" zu gründen.[4] Im Zusammenhang mit dem Verbot der KPU bekannte er, daß sich die "Partei auflösen muß" (wenn auch "auf der Grundlage der Verfassung").[5]

Mitte September 1991 erklärte eine Initiativgruppe die Absicht, eine "linkszentristische Partei" zu gründen (die Erklärung des Organisationskomitees schloß mit der sozialdemokratischen Triade "Freiheit! Gerechtigkeit! Solidarität!"). Eine Variante zur Bezeichnung war "Partei des sozialen Fortschritts".[6] Weil die meisten Parteiorganisationen, besonders die im Osten gegründeten, im wesentlichen aus Anhängern der kommunistischen Linie bestanden und dies in der Bezeichnung der Organisation zum Ausdruck bringen wollten, gingen die Initiatoren auf die Kompromißbezeichnung "Sozialistische Partei der Ukraine" ein.

Obwohl auf dem SPU-Parteitag eine Erklärung "Über die Verfassungswidrigkeit des Verbots der KPU" abgegeben wurde, sprach sich Moroz, der die "Orthodoxen" zügelte, dagegen aus, daß sich die Partei als Rechtsnachfolger der KPU sah. Die SPU rief ihre Anhänger auf, im Referendum am 1. Dezember für die Unabhängigkeit zu stimmen, was einen gesamtnationalen Konsens begünstigte (der Vorschlag der SPU, eine zweite Frage über die Teilnahme der

---

2 Viktor Pynsenyk, Koni ne vynni, abo Reformy cy jich imitacija, Kyjiv 1998, S. 31.

3 Oleksandr Moroz, Kudy jidemo?, Kyjiv 1993, S. 45.

4 Holos Ukrajiny, 28.8.1991. In der ukrainischen politischen Diskussion ist der Terminus "Ukrainische Kommunistische Partei" (UKP) eine Anspielung auf die Traditionen des Nationalkommunismus: zwei Parteien mit dieser Bezeichnung wurden von den Bolschewiki 1920 und 1925 aufgelöst.

5 Moroz, a.a.O., S. 132 .

6 Demokratyčna Ukrajina, 19.10.1991.

Ukraine an der Gründung der "Union Souveräner Staaten" in das Referendum aufzunehmen, wurde nicht angenommen).

Die Partei stellte keinen eigenen Präsidentschaftskandidaten auf. Das bedeutete, daß trotz der Kritik an Kravčuk den Wählern der SPU keine andere Wahl blieb, als ihn zu unterstützen. Dies zeigt auch den (zu jenem Zeitpunkt) eigenartigen modus vivendi zwischen Machthabern und SPU.

Die Partei appellierte an die große sozialistische Tradition in der ukrainischen Geschichte (weil die ukrainische Nation bis zum 20. Jahrhundert vornehmlich bäuerlich war, ist es nicht erstaunlich, daß die meisten ukrainischen Personen des öffentlichen Lebens im 19. Jahrhundert die Ideale der "sozialen Gerechtigkeit" teilten). Charakteristisch ist, daß unter den Vorläufern des Sozialismus in der Ukraine auch der Sozialist Mychajlo Drahomanov (dessen "Liberalismus" die sowjetische Historiographie dem "Revolutionarismus" Taras Sevčenkos gegenüberstellte) genannt wurde.[7] Allmählich gingen die Sozialisten auch zu einer ausgewogenen Beurteilung der ukrainischen sozialistischen Parteien über, die die Gründer der Ukrainischen Volksrepublik – der "bürgerlich-nationalistischen" in sowjetischer Terminologie – waren.

Die Mitgliederzahl der SPU erreichte verschiedenen Schätzungen zufolge 30.000-60.000. Bis zum Wiedererstehen der KPU konkurrierte sie zahlenmäßig mit der Ruch (zum Vergleich: nachdem sich die Ruch in eine Partei verwandelt hatte, ging ihre Mitgliederzahl von 600.000 im Jahr 1990 auf 30.000 1992 zurück, 1993 erreichte sie 60.000). Nach dem Wiedererstehen der KPU 1993 kam es jedoch zu einer Massenabwanderung derjenigen, die in der SPU nur eine vorübergehende Zuflucht sahen. Die Mitgliederzahl der SPU ging stark zurück (Anfang 1997 betrug sie 12.500)[8].

Zu dieser Zeit hatten die Linken zwei alternative Strategien: 1. das "polnische Modell": bei den Wahlen 1993 in Polen siegte der Block der ehemaligen Kommunisten (die sich Sozialdemokraten nannten) und der Bauernpartei; 2. das "russische Modell": die Parteiliste der "traditionalistischen" KPRF errang bei den Wahlen 1995 den ersten Platz.

Moroz selbst neigte sicherlich zum "polnischen Modell". Als Vorsitzender der VR erwies er sich als Meister der Kompromisse.[9] Ihm gelang es, die Unterstützung der VR bei der Annahme des Verfassungsvertrages 1995 und danach auch der Verfassung von 1996 sicherzustellen. Dadurch schützte er den jungen ukrainischen Parlamentarismus vor dem rigorosen Präsidialmodell.

---

7 Oleksa Haran', From Drahomanov to Moroz?, News from Ukraine, 45, 1991.

8 Tovaryš, 3, 2000; Polityčni partiji Ukrajiny, Kyjiv 1998, S. 177, 491-492.

9 Die Analytiker kommentierten die Tatsache, daß Moroz am Jahrestag der Oktoberrevolution am 7. November 1995 auf den Versammlungen sowohl der Linken als auch der Nationaldemokraten auftrat, und bemerkten: "Man kann sich G. Zjuganov schwer vorstellen, der auf einem Meeting des Demokratischen Rußland auftritt. Es gibt nicht nur einen Unterschied zwischen Moroz und Zjuganov, es gibt auch einen Unterschied im politischen Klima, in der Atmosphäre, weil Zjuganov in Rußland nicht nur nicht zu den 'Demokraten' gehen würde, sondern auch die 'Demokraten' ihn nicht einladen würden" (Ukraina i Rossija: Obščestva i gosudarstva. Redaktion Dmitrij Furman, Moskau 1997, S. 214.).

Nicht nur die Kommunisten kritisierten die Position von Moroz scharf. Die Abgeordneten der SPU, Natalija Vitrenko und Volodymyr Marčenko, forderten von Moroz, den Posten als Vorsitzender der VR aufzugeben und in Opposition zu den Machtstrukturen zu treten. Im Herbst 1995 wurden sie aus der Partei ausgeschlossen, und Anfang 1996 gründeten sie die Progressive Sozialistische Partei der Ukraine.

Die SPU driftete allmählich zum linken Zentrum ab. In der ersten Etappe des VI. SPU-Parteitags (Dezember 1996) wurde eine neue Fassung des SPU-Programms für notwendig erachtet; in der zweiten Etappe (November 1997) wurde das "polnische Modell" durch Bildung eines Wahlblocks mit der SelPU realisiert (danach wurde in der VR die gemeinsame Fraktion "Linkes Zentrum" gebildet); in der dritten Etappe, bereits nach den Wahlen (Juni 1998), wurde klar, daß es der Partei nicht gelungen war, ihr Profil zu finden, und sie machte es sich zur Aufgabe, "aus dem Schatten der KPU" herauszutreten und eine volkspatriotische Bewegung zu gründen. Wie die Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen von 1999 zeigten, wurde diese Aufgabe trotz wachsender Mitgliederzahl der Partei nur zu 40% (31.000 Ende 1999) nicht erfüllt.[10]

Die soziale Zusammensetzung der Partei zeigte, daß sie sich in erheblichem Maße auf die Intelligenz stützte. 1995 machten Lehrer 27%, Ingenieure und Wirtschaftsfachleute 20%, Juristen 6% und Mediziner 3% aus (der Anteil der Arbeiter war mit 24% ebenfalls ziemlich hoch, die Bauern machten 5% aus). Jugendliche unter 30 Jahren waren mit nur 2% vertreten.[11]

Doch allmählich verjüngte sich die Partei. Das zeigt indirekt die Zusammensetzung der Delegierten des VIII. SPU-Parteitags (im Mai 2000): unter 40 Jahren – 18% , 40-50 Jahre – 42%, über 60 Jahre – 21%; nach dem VI. Parteitag traten 63% in die SPU ein. 73% der Delegierten waren Ukrainer, 24% Russen[12] (was der nationalen Zusammensetzung der Bevölkerung der Ukraine entspricht).

2.2 Die Bauernpartei der Ukraine

Vorgänger der SelPU war in organisatorischer Hinsicht der Bauernbund der Ukraine, der schon 1990 gegründet wurde und 1,6 Mio. Mitglieder hatte (haupsächlich formal).[13] Wichtigste Persönlichkeit bei der Gründung der SelPU war Oleksandr Tkačenko, der zu Sowjetzeiten bis zum zum Ersten Stellvertretenden Regierungschef und Minister für Landwirtschaft avancierte.

Bei den Präsidentschaftswahlen 1991 trat Tkačenko als ein Kandidat an, der linkere Positionen als Kravčuk vertrat (und verschaffte ihm so mehr Popularität), doch dann zog er seine Kandidatur zurück. Trotzdem wurde er im März 1992 entlassen. Von nun an entwickelte sich Tkačenkos Tätigkeit in zwei Richtungen: Unternehmertum und Gründung der Partei.

---

10 Tovaryš, 3, 2000.

11 Socialist Ukrajiny (Dnipropetrov'sk), 16.12.1995. Zitiert nach: Andrew Wilson, The Ukrainian Left: In Transition to Social Democracy or Still in Thrall to the USSR?, Europe-Asia Studies, 1997, Vol. 49, 7, S. 1297.

12 Angaben der Mandatkommission des VIII. Parteitags der SPU.

13 Urjadovyj kur'jer, 31.7.1992.

Im Januar 1992 führte die SelPU eine Konferenz in Cherson durch. Der formale Parteichef Serhij Dovhan' war Direktor einer Sowchose im Gebiet Cherson. Schon als Exminister trat Tkačenko in die Partei ein und wurde Stellvertreter Dovhans. Der Einfluß der Partei auf die Landbewohner war bedeutend, berücksichtigt man ihre Abhängigkeit von der lokalen Führung. Zum Zeitpunkt der Registrierung hatte die Partei formal 65.000 Mitglieder, doch am Vorabend des Zerfalls 1996 (Gründung der propräsidentischen Agrarpartei der Ukraine) nannten die SelPU-Führer eine Mitgliederzahl von 100.000. Trotzdem war sie bis zu den Wahlen 1994 eher eine Phantompartei.[14] Nichtsdestoweniger stellte die SelPU 19 Abgeordnete bei den Wahlen, und Ende 1994 hatte die Fraktion bereits 52 Mitglieder. Tkačenko wurde Erster Stellvertretender Vorsitzender der VR (obwohl ihn die Rechten finanzieller Machenschaften mit amerikanischen Krediten, die von der Regierung der Ukraine abgesichert wurden, bezichtigten).

Wegen ihrer sozialen Basis waren die SelPU wie auch die Sozialisten weniger russifiziert als die KPU: die überwiegende Mehrheit der Fraktion waren ethnische Ukrainer[15], und von den drei linken Parteien wurde nur von der SelPU ein Vertreter der Westukraine gewählt. 1995 spalteten sich die propräsidentischen Abgeordneten ab und bildeten die Fraktion "Agrarier für Reformen" (25 Abgeordnete), in der Fraktion der SelPU blieben 28 Abgeordnete. Die Spaltung hatte auch einen regionalen Aspekt: 20 "Reformer" repräsentierten die rechtsufrige Ukraine, 18 Abgeordnete der SelPU die linksufrige Ukraine.[16] Dadurch verringerten sich die Möglichkeiten der SelPU, darunter auch die materiellen, und sie war gezwungen, sich der SPU anzunähern.

Nach den Parlamentswahlen 1998 wurde Tkačenko mit Unterstützung der Präsidialadministration zum VR-Vorsitzenden gewählt, weil er als recht "lenkbar" galt (insbesondere mit Hilfe der erwähnten Anschuldigungen gegen ihn). Die weiteren Ereignisse offenbarten die schwankenden Positionen Tkačenkos und der SelPU, die sich in unterschiedlichsten Beschlüssen, je nach der Situation zeigten, die vor allem unter dem Einfluß der persönlichen Interessen des VR-Vorsitzenden gefaßt wurden.

2.3 Die Kommunistische Partei der Ukraine

Eine kleine Gruppe orthodoxer "Bolschewiki" nahm ultralinke Positionen ein und gründete 1993 die marginale Partei der Kommunisten (Bolschewiki) der Ukraine (1.000 Mitglieder). Ein bedeutender Teil ehemaliger KPU-Mitglieder trat in die SPU ein. Zwischen diesen beiden Strömungen gab es jene Kommunisten, die schon in dieser Etappe nach Wiedergründung der

---

14 V. Jablons'skyj, Sučasni polityčni partiji Ukrajiny, Kyjiv 1996, S. 25; Parlament Ukrajiny: Vybory-98, Kyjiv 1998, Teil 1, S. 169; Wilson, a.a.O., S. 1299.

15 Nach Angaben vom Juni 1994 waren von 36 Mitgliedern der Fraktion "Agrarier" 32 Ukrainer, von 25 Mitgliedern der Fraktion der SPU 22 Ukrainer und von der KPU-Fraktion 47 Ukrainer. Später waren keine Angaben über die Nationalität in der offiziellen Statistik enthalten (Wilson, a.a.O., S. 1299, 1302).

16 Ebenda, S. 1309.

KPU strebten. Ende 1992 gründeten sie den Bund der Kommunisten der Ukraine (SKU), der 2.000 Mitglieder zählte.[17]

Aktivisten der SPU und SKU trugen zur Wiedergründung der lokalen KPU-Zellen bei. Das Präsidium der VR beschloß am 14. Mai 1993, obwohl es seinen Erlaß über das Verbot jener KPU, die ein Bestandteil der KPdSU gewesen war, nicht aufhob (dies hätte die Wiederherstellung ihrer Vermögensrechte bedeutet), daß "die Bürger der Ukraine, die die kommunistischen Ideen teilen, Parteiorganisationen in Übereinstimmung mit der Gesetzgebung gründen können".

Der I. KPU-Parteitag fand 1993 in Donec'k statt. Die SKU-Aktivisten waren insgesamt aus der Parteiführung entfernt worden (obwohl zwei bedeutende SKU-Aktivisten an der Spitze der Kiever Gebiets- und Stadtorganisation der kommunistischen Partei standen). Unerwartet für viele wurde der damals wenig bekannte Petro Symonenko Erster ZK-Sekretär der KPU. Zum Zeitpunkt des Zerfalls der UdSSR war er nur Zweiter Sekretär und seit 1993 Erster Sekretär des Donec'ker Gebietskomitees der KPU.

Schon im Prozeß des Wiederaufbaus gelang es der KPU, eine Entsprechung ihrer nationalen Zusammensetzung mit der nationalen Zusammensetzung der Ukraine zu erreichen. Zum 1. Januar 2000 stellten die Ukrainer 64,9% aller KPU-Mitglieder, die Russen 28,7%. In vielen Gebieten übertraf jedoch der Anteil der Russen in der KPU deutlich ihren Anteil an der Bevölkerung der Region. Das betrifft nicht nur die westlichen Gebiete, z.B das Gebiet L'viv (27,7% der KPU-Mitglieder gegenüber 7,7% der Bevölkerung des Gebiets) und das Gebiet Ternopil' (20,1 : 2,3), sondern auch etliche andere Gebiete, wie z.B. das Gebiet Mykolaev (36,8 : 18,4) und sogar die Stadt Kiev (38,6 : 20,7)[18]. Das zeigt, daß die Partei in bedeutendem Maße die Proteststimmungen der ethnischen Russen zum Ausdruck bringt.

Die KPU war die diszipliniertste und mitgliederstärkste Partei der Ukraine – über 142.000 im Jahr 2000.[19] Von 1998 bis 1999 wurden 30.000 Mitglieder in die Partei aufgenommen, seit 1993 jedoch war ihre Mitgliederzahl nur um 20.000 gestiegen! Eines der ungelösten Probleme der Partei ist die deutliche Überalterung der Mitglieder: älter als 60 sind 41,3%, 50-60 Jahre 26,3%.[20]

2.4 Die Progressive Sozialistische Partei der Ukraine

Im April 1996 (knapp ein halbes Jahr nach ihrem Ausschluß aus der SPU) konnte Natalija Vitrenko den PSPU-Gründungskongreß durchführen. Daran war auch die Exekutive interessiert, die den ultraradikalen Populismus eines "Žirinovskij im Rock" für die Spaltung der Linken nutzte. Dank dem Charisma der Führerin, der totalen Kritik an allen und allem, dem

---

17 Sil's'ki visti, 6.1.1993. Die Mitgliederzahl des SKU (der als Bewegung und nicht als Partei registriert wurde) betrug Anfang 2000 nach Schätzungen seiner Leader 3.000.

18 Komunist Ukrajiny, 2, 2000, S. 36-37; Nacional'nyj sklad naselennja Ukrajiny, Kyjiv 1991, Teil 1.

19 Zum Vergleich: Anfang 1998, d.h. noch vor der Spaltung, hatte Ruch 60.000 Mitglieder. Die SDPU(o) führte Mitte 2000 eine Zahl von 134.000 an, im Herbst 1998 betrug sie jedoch nur 12.000. Diese schnelle Zunahme könnte formal sein und im Zusammenhang mit der Umwandlung der SDPU(o) in die "Partei der Macht" stehen. Offizielle Angaben der KPU, Ruch und SDPU(o).

20 Angaben zum 1.1.2000, in: Komunist Ukrajiny, 2, 2000, S. 40.

häufigen Auftreten (im Unterschied zu anderen Linken) im ersten landesweiten Fernsehkanal stieg die Mitgliederzahl schnell auf 7.000, doch das Wichtigste war, daß die Partei eine von acht Parteien war, die die 4-Prozent-Hürde bei den Wahlen nahm. Die Fraktion wurde jedoch ständig von inneren Konflikten erschüttert, und nach den Präsidentschaftswahlen 1999 (als Vitrenko die ihr von der Kučma-Mannschaft übertragene Rolle des Spalters der Linken spielte) löste sich die Fraktion auf.

Alle vier linken Partein entstanden auf der Grundlage der verbotenen kommunistischen Partei. Man kann auf sie jedoch nur teilweise den Terminus Nachfolgeparteien anwenden (wie in den meisten Ländern Ostmitteleuropas, wo sich die kommunistischen Parteien in sozialistische und sozialdemokratische Parteien transformierten). Das hängt damit zusammen, daß in erster Linie jener Teil der Nomenklatura, der sich in die parteilose "Partei der Macht" verwandelte, die materiellen und organisatorischen Ressourcen der ehemaligen KPU übernahm.

3. Programmpunkte der Linken

3.1 Das Verhältnis zu den Postulaten des "Marxismus-Leninismus"

Die Erfolge bei den beiden Parlamentswahlen 1994 und 1998 trugen dazu bei, daß die KPU von der Richtigkeit ihrer theoretischen Grundlagen überzeugt ist. In der Polemik mit den Sozialisten erklärte Symonenko, daß die KPU "faktisch die einzige Kraft geblieben ist, die offen die sozialistische Perspektive verteidigt". Der Marxismus-Leninismus wird nicht in Frage gestellt. Die PSPU schätzt den Marxismus-Leninismus ebenso ein (obwohl sie das Emblem der Sozialdemokraten, die rote Rose, als Symbol benutzt).[21]

Die SelPU demonstriert ihre "konkrete" Haltung bei der Lösung der Probleme des Dorfes und umgeht praktisch die Frage ihrer Ideologie, obwohl die "Unterstützung der Entwicklung sozialdemokratischer Verhältnisse"[22] im Programm am Rande erwähnt wird. Tkačenko und Dovhan' erklären regelmäßig ihre Nähe mal zur SPU (1998), mal zur KPU (1999).

Am wenigsten dogmatisch ist die SPU. Bereits nach den Wahlen 1998 hob Moroz hervor, daß die SPU ihre theoretische Basis nicht auf den Marxismus-Leninismus beschränkt und in sie "allgemein demokratische Ideen und Konzeptionen, theoretische Vorstellungen und praktische Erfahrungen der Sozialistischen Internationale, die Studien der Neomarxisten und anderer linker demokratischer Bewegungen einbezieht".[23]

Die Urteile über die Gründe für die Niederlage des Sozialismus in der UdSSR unterscheiden sich wesentlich bei Sozialisten und Kommunisten. Die Kommunisten sehen die Ursachen im "kalten Krieg" gegen die UdSSR. Die SPU dagegen betonte schon im Programm von 1992, daß die Sowjetgesellschaft "in eine Systemkrise geraten ist und somit nicht das Stadium der

---

[21] Komunist, 27, 2000, 29, 1998; Polityčni partiji Ukrajiny, S. 391.
[22] Polityčni partiji Ukrajiny, S. 419.
[23] Tovaryš, 25, 1998.

Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus überwunden hat".[24] Nach den Wahlen 1998 verstärkten etliche Vertreter der SPU die Kritik an einigen grundlegenden Positionen des Marxismus.[25] Moroz selbst kommentierte seinen Besuch des IV. Parteikongresses der europäischen Sozialisten (März 1999) und erklärte: "Ich würde nicht sagen, daß wir prinzipiell unterschiedliche Orientierungen haben. Wir haben unterschiedliche Arbeitsbedingungen – in Europa und in der Ukraine."[26]

Das alles löste heftige Kritik seitens der KPU aus. In vielen Fragen sind die ukrainischen Kommunisten mehr links als ihre Kollegen in Rußland. Im Unterschied zur KPRF hatte die Kommunistische Partei der Ukraine (bis zum Aufkommen der PSPU) keine Konkurrenten von links wie die Rußländische Kommunistische Arbeiterpartei und die Rußländische Partei der Kommunisten. Also umfaßte sie einen bedeutenden Teil der Anhänger der radikalen Variante der kommunistischen Ideologie.

Mit Unterstützung der KPU wurde 1994 der Allukrainische Arbeiterbund (VSR) gegründet, dessen Führer Oleksandr Bondarčuk erklärte, daß die Diktatur des Proletariats "die demokratischste Macht ist, weil sie die Mehrheit vertritt"[27] (obwohl die Forderung der "Diktatur des Proletariats" im Programm der KPU fehlt). In einem Appell an den V. Parteitag der KPU (Juni 2000) trat der Rat des VSR gegen den Pluralismus der Eigentumsformen und die Hervorhebung der Parlamentsarbeit ein und erklärte, daß der Sozialismus nicht in einem einzelnen Land aufgebaut werden könne und daß "es zwischen Kapitalismus und Sozialismus keine Zwischenetappen geben kann". Dieser Appell wurde von der Parteiführung kritisiert.[28] Der dem VSR nahestehende Führer der Bewegung "Für die Wiederherstellung der UdSSR", der Abgeordnete aus dem Donbass, Volodymyr Moisejenko, wurde nicht in das ZK wiedergewählt, und einige "Radikale" aus der Luhansker Parteiorganisation, die für die Gründung der "revolutionären kommunistischen Partei" eintraten, wurden noch vor dem V. Parteitag aus der KPU ausgeschlossen.

Mit Ausnahme einiger "Radikaler" beurteilt die KPU insgesamt die gegenwärtige Politik der Kommunistischen Partei Chinas positiv. Dennoch ist ein Umschwung der KPU in der Ideologie wenig spürbar. So erklärte Symonenko auf dem V. KPU-Parteitag, daß die KPdSU schon 1956 die tragischen Ereignisse in der Geschichte der UdSSR beurteilt hat (obwohl viele Ereignisse, insbesondere die Hungersnot 1933, damals überhaupt nicht erwähnt wurden) und daß man nicht "alles, was unter der Herrschaft der von Stalin 30 Jahre lang geführten Partei gemacht wurde, ausradieren kann".[29]

Vor diesem Hintergrund unterstreicht die SPU, daß sie der "pragmatischen" KPRF näher steht als der KPU und nutzt dies in der Polemik mit der KPU aus.[30] Darin liegt jedoch ein gewisses

---

24 Komunist, 29, 1998; Polityčni partji Ukrajiny, S. 497.
25 Tovaryš, 34, 36, 1998.
26 Tovaryš, 11, 1999.
27 Komunistyčna partija Ukrajiny. S. Konončuk/Ju. Plesjuk (Hrsg.), Kyjiv 1998, S. 45.
28 Rabočij klass, 10, 2000; 26, 2000.
29 Komunist, 26, 2000.
30 Tovaryš, 42, 1998; 6, 1999.

Risiko, weil die Kommunisten in Rußland mit sozial-chauvinistischen Kreisen sympathisieren. Die von Kučma kontrollierten Massenmedien kritisierten Moroz scharf wegen seiner Begegnung mit Gennadij Zjuganov und dem Moskauer Bürgermeister Jurij Lužkov im September 1999 in Moskau (obwohl die Erklärungen Lužkovs hinsichtlich der "Zugehörigkeit" Sevastopol's zu Rußland Kučma nicht daran hinderten, sich mit ihm anläßlich der Feierlichkeiten zum Tag der Kriegsmarine Rußlands im Juli 1999 in Sevastopol' zu treffen).

3.2 Das Verhältnis zum Sowjetsystem und zum gemischten Wirtschaftssystem

Alle Linken treten für die Wiedereinführung der Sowjets und für eine Begrenzung der Macht des Präsidenten ein. Symonenko und Vitrenko vertraten im Wahlkampf die Meinung, daß das Präsidentenamt liquidiert werden müsse.

Die PSPU ist in etlichen Fragen noch orthodoxer als die KPU. Obwohl die PSPU nicht die Forderung nach der "Diktatur des Proletariats" erhebt, hält sie die Verfassung der UdSSR von 1936 für den Inbegriff des Sieges des bürgerlichen Parlamentarismus und fordert die Rückkehr zum System von 1917 bis 1924: Aufhebung des allgemeinen Wahlrechts und Einführung des Sowjetsystems nach dem Produktionsprinzip. Vitrenko versprach, die für die "Reformen" Verantwortlichen in die Bergwerke zu schicken, die Ausreise zu verbieten und danach eine "Inventarisierung der Volkswirtschaft" durchzuführen.[31]

Trotz ihrer Erklärungen hinsichtlich der Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmer legt die Kommunistische Partei den Hauptakzent auf die Wahrung des staatlichen Eigentums in den wichtigsten Branchen, bei Grund und Boden und auf die Monopolisierung des Außenhandels. Erst im Wahlkampf 1999 wurde die odiose Forderung nach "Nationalisierung des Bankensystems" zurückgenommen.[32]

Die SelPU lehnt formal die Privatisierung und bäuerliche Einzelwirtschaften nicht ab, legt aber dennoch den Hauptakzent auf den Erhalt des kollektiven Wirtschaftens und tritt (wie die SPU) gegen den Kauf und Verkauf von Grund und Boden ein. SelPU und SPU fordern eine größere Rolle des Staates bei der Regulierung der Wirtschaft.

Die Position der SPU war wohl immer die flexibelste. Das gemischte Wirtschaftssystem paßt völlig zum "volksdemokratischen System", dessen Errichtung ein Minimalprogramm der SPU vorsieht. Das Maximalprogramm in der neuen Fassung von 2000 erklärt die "Wirtschaft des Volkes" zum Ziel, die auf der "befreiten Arbeit beruht" (nach Meinung der Sozialisten haben weder Sozialdemokraten noch Kommunisten die Lohnarbeit beseitigt). Grundlage der "Wirtschaft des Volkes" sind "Volksunternehmen", zu denen "Unternehmen verschiedener Eigentumsformen gehören, wenn sie auf der Grundlage der Selbstverwaltung arbeiten, die von der Ausbeutung der Arbeit befreit ist"[33].

---

31 Polityčni partiji Ukrajiny, S. 384, 390, 395; Naperedodni: Vybory '99, S. 33.
32 Polityčni partiji Ukrajiny, S. 98, 107-111; Holos Ukrajiny, 31.7.1999.
33 Tovaryš, 23, 2000.

3.3 Nationalstaatliche Fragen

Die Kommunistische Partei geht von der traditionellen Leninschen Interpretation der Wechselbeziehung des Rechts der Nationen auf Selbstbestimmung mit dem Klassenfaktor aus. Symonenko erklärte: Weil das Regime versuche, mit Hilfe der "nationalen Idee" den Kapitalismus zu restaurieren, werde die KPU gegen den "bürgerlich-nationalistischen Staat" kämpfen. Die KPU mißt der Deklaration über die staatliche Souveränität der Ukraine von 1990 und Gorbačevs Referendum hinsichtlich einer "erneuerten" UdSSR (März 1991) größere Bedeutung bei als der Proklamation der Unabhängigkeit der Ukraine und dem Referendum vom 1. Dezember 1991.[34]

Zur Gruppe, die für die "Wiederherstellung der UdSSR" eintritt, gehören jedoch nur 25-30 kommunistische Abgeordnete; die Mehrheit der Fraktion (wie auch anderer linker Fraktionen) neigt zu einer Union der ostslawischen Staaten, obwohl diese Losungen gegenwärtig nicht real sind, weil sich die Linken weder in Rußland noch in der Ukraine an der Macht befinden. Während im Programm der KPU von 1995 vom Beitritt der Ukraine zum kollektiven Sicherheitssystem der GUS die Rede war und 1997 das Plenum des ZK der KPU zur Wiedergründung nicht eines Staatenbundes, sondern "Bundesstaates" aufrief,[35] wurde diese Rhetorik während der Wahlen 1999 ein wenig abgeschwächt: Symonenko versprach, den blockfreien Status der Ukraine zu wahren, doch dabei eine "Union souveräner Staaten der Brudervölker" anzustreben. Erster Schritt sollte die Anerkennung Rußlands und Belarus' als strategische Bündnispartner und die Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsraums sein.[36] Nichtsdestoweniger wollen die ukrainischen Kommunisten wohl kaum wieder aus Moskau kommandiert werden.

Die KPU nimmt an der Tätigkeit des Bundes der kommunistischen Parteien teil, doch wie auch die KPRF betrachtet sie ihn lediglich als Parteienforum für den Meinungsaustausch. Auf dem V. Parteitag der KPU kritisierte Symonenko den Vorschlag der Führer des SKP-KPdSU zur Schaffung einer gemeinsamen kommunistischen Partei Rußlands und Belarus', der dann Kommunisten auch aus anderen GUS-Ländern beitreten könnten.

Schließlich gibt es in der KPU eine Persönlichkeit wie den bekannten ukrainischen Dichter Borys Olijnyk, der zwei Legislaturperioden hindurch das Komitee für auswärtige Angelegenheiten der VR leitete. Er trat entschieden gegen die Territorialansprüche Rußlands gegenüber der Ukraine ein. 1996 kommentierte er das Projekt der Gründung eines Bundesstaates von Rußland und Belarus' und erklärte, daß "für die Ukraine die belarussische Variante nicht realistisch ist".[37] Zugleich sah er in den NATO-Aktionen gegen Jugoslawien den "Angriff einer geistlosen, sodomistisch-satanischen Kraft auf die christliche, insbesondere slawische Zivilisation, deren moralisch-ethische Grundlagen – du sollst nicht töten und stehlen – sind". Er behauptete, daß nach den Serben die Ukrainer an der Reihe sein könnten.[38]

---

34 Holos Ukrajiny, 15.2., 21.3.1996.
35 Komunist, 20, 1997.
36 Holos Ukrajiny, 31.8.1999.
37 Komunistyčna partija Ukrajiny, S. 235-236.
38 Holos Ukrajiny, 3.7.1999; Borys Olijnyk, Chto nastupnyj?, Kyjiv 1999.

Daß die KPU jetzt auch den konfessionellen Faktor nutzt, davon zeugen die Behauptungen Symonenkos völlig im Geist der Konzeption des "Clash of Civilizations" (Samuel Huntington): "Die katholische Bedrohung ist für den gesamten orthodoxen geokulturellen Raum gefährlich." Von den drei orthodoxen Kirchen der Ukraine unterstützt die KPU jedoch nur die Ukrainische-Orthodoxe Kirche des Moskauer Patriarchats.[39] Dies zeigt, daß die KPU auf einen bestimmten Teil der Wählerschaft setzt, anstatt sich als gesamtnationale Kraft zu profilieren.

Die PSPU ist mit den Kommunisten in der Frage der Wiederherstellung der Sowjetunion solidarisch, obwohl die Linken nach Vitrenkos Meinung zuerst an die Macht kommen müssen. Im Präsidentschaftswahlkamf 1999 trat Vitrenko mit ultraradikalen Versprechungen auf, den atomwaffenfreien Status der Ukraine aufzuheben und ein kollektives Sicherheitsprogramm für Rußland, die Ukraine und Belarus' auszuarbeiten.[40]

Die SelPU vermied in ihrem Programm die Frage der Wiedergründung der Union und sprach von der Unabhängigkeit der Ukraine als erstem Schritt "zum Aufbau einer demokratischen Gesellschaft".[41] Bereits als Vorsitzender der VR trat Tkačenko jedoch für den Beitritt der Ukraine zur Union Rußlands und Belarus' sowie für die Schaffung eines einheitlichen Wirtschafts-, Gesetzgebungs- und Währungsraums ein und peitschte im März 1999 den Beschluß über den Beitritt der Ukraine zur Interparlamentarischen Versammlung der GUS in der VR buchstäblich durch.

Bezüglich der Sozialisten wurde folgender Ausspruch von Moroz am Vorabend der Präsidentschaftswahlen 1994 zum geflügelten Wort: "Diejenigen, die den Zusammenbruch der UdSSR nicht bedauern, haben kein Herz, und diejenigen, die für die Wiederherstellung der UdSSR eintreten, haben keinen Verstand."[42] Zugleich wurde in den Dokumenten der SPU, die insgesamt orthodoxer als ihr Leader war, die Notwendigkei betont, die GUS zu stärken. Alle Linken in der Ukraine propagierten Lukašenkos Kurs (eine solche Gruppe gab es auch in der SPU; ihr Führer war Serhij Kijaško, der in der Zeit, als Moroz VR-Vorsitzender war, vorübergehend die Funktion des SPU-Vorsitzenden wahrnahm).

Dessenungeachtet schwächte Moroz im Präsidentschaftswahlkampf 1999 diese Rhetorik ab. Er erwähnte die Stärkung der GUS nicht und keinerlei konkrete Schritte in diese Richtung. Er betonte die Blockfreiheit der Ukraine. Diese Position wurde auch in der neuen Fassung des SPU-Programms (2000) fixiert, wo lediglich hervorgehoben wurde, daß die Partei "für prioritäre brüderliche Beziehungen zu Rußland, Belarus' und anderen Nachbarn und für die Konsolidierung und den Schutz des Slaventums eintritt"[43].

Alle Linken treten für eine Statuserhöhung der russischen Sprache ein (nur die SelPU weicht dieser Frage aus). Die PSPU befürwortet zwei offizielle Sprachen, die KPU tritt für zwei

---

39 Holos Ukrajiny, 26.5.1999.
40 Holos Ukrajiny, 17.8.1999.
41 Polityčni partiji Ukrajiny, S. 418.
42 Zitiert nach: Tovaryš, 25, 1997.
43 Tovaryš, 23, 2000.

Staatssprachen ein. Lediglich auf dem V. Parteitag sprachen die Kommunisten von der Möglichkeit, der russischen Sprache "offiziellen" Status zu verleihen (dabei soll die ukrainische Sprache als Staatssprache erhalten bleiben). Im Unterschied zur KPU sprechen die Sozialisten von dieser Möglichkeit seit 1994. Der Unterschied zum offiziellen Status besteht in ihrer Interpretation darin, daß nur die Staatssprache, das heißt Ukrainisch, im außenpolitischen Bereich angewendet werden soll.[44]

Insgesamt unterscheidet sich die Position der ukrainischen Linken (mit Ausnahme der SPU) in nationalstaatlichen Fragen erheblich von der Position der KPRF, die vor allem die Interessen der "Titularnation" vertritt. Die ukrainischen Linken ziehen die Stimmen der prorussischen Wähler in größerem Maße an als die Parteien, die bei den Wahlen 1998 die slawische Idee verteidigten ("Union", Partei der regionalen Wiedergeburt der Ukraine, Block "SLOn") und die die 4-Prozent-Hürde nicht überwanden. Erstens zeigen also ethnopolitische Forderungen nur in Verbindung mit Forderungen der sozialen Sicherung Wirkung. Zweitens zeugt dies nach Meinung mancher Wissenschaftler davon, daß die KPU nicht so sehr wegen der Aufrufe für die "slawische Einheit" als vielmehr wegen der Betonung ihres "ukrainischen Territorialpatriotismus"[45] unterstützt wird.

4. Die relativen Erfolge der Linken bei den Parlamentswahlen. Die Besonderheiten des Wählerverhaltens

Bei den Parlamentswahlen 1994 bildeten KPU, SPU und SelPU den Block "Werktätige Ukraine", der insofern ziemlich amorph war, als gemeinsame Kandidaten nicht aufgestellt wurden. Diese Parlamentswahlen waren die ersten unter den Bedingungen der Unabhängigkeit und die ersten, bei denen die KPU nicht alleiniger Vertreter der linken Bewegung war. Trotzdem überflügelte die KPU (die zudem erst nach ihren Partnern registriert worden war) bei weitem sowohl die linken als auch die rechten Parteien und brachte 90 Abgeordnete ins Parlament. Die SelPU erreichte 19 Mandate, die SPU 15 (Ruch hatte nur 20). Um die notwendigen 25 Mitglieder zur Fraktionsbildung zu bekommen, hatte die SPU einen Teil bei der KPU "geliehen".

Unter Berücksichtigung des realen Kräfteverhältnisses in der VR konnten die Kommunisten dennoch nicht den Posten des Vorsitzenden beanspruchen. Moroz war schon damals ein flexiblerer und entsprechend akzeptablerer Kandidat. Auch den Posten des stellvertretenden Vorsitzenden erhielten die Kommunisten nicht.

---

44 Tovaryš, 50, 1998. Während des Wahlkampfes 1999 bemühte sich Moroz, diese Frage zu umgehen: in verkürzten Varianten seines Programms sprach er verschwommen davon, daß die "Sprachenfrage in der Ukraine gelöst werden wird" (Vybory Prezydenta Ukrajiny 1999, Kyjiv, 2000, S. 182-183). In der Neufassung des Programms der SPU erschienen klare Formulierungen: "Die ukrainische und russische Sprache haben offiziellen Status und werden in gleicher Weise angewandt. Das Ukrainische ist die Staatssprache" (Tovaryš, 23, 2000).

45 Diesen Standpunkt äußerte insbesondere der englische Politologe Taras Kuzio auf der Konferenz "Ukraine: First Decade of Independence" (BIOst, Köln, 11.-13. Mai 2000).

Bei den Präsidentschaftswahlen im Sommer 1994 wagte die KPU ebenfalls nicht, einen eigenen Kandidaten aufzustellen; seitens der Linken gab es einen einzigen Kandidaten – Moroz (dritter Platz mit 13,1% Stimmen). Die Wahlergebnisse zeigten, daß pragmatische Überlegungen gegenüber ideologischen bei den Wählern die Oberhand behielten. So bekam Moroz auf der Krim nur 1,3% der Stimmen. Selbst in traditionell "linken" Gebieten erhielt der Repräsentant der Direktoren, Leonid Kučma, große Unterstützung schon im ersten Wahlgang (das beste Ergebnis erreichte Moroz im Gebiet Luhansk mit 25,4%, Kučma erzielte dort 53,6%).[46]

Beim Sieg Kučmas im zweiten Wahlgang spielten die Stimmen derjenigen eine entscheidende Rolle, die im ersten Wahlgang für Moroz gestimmt hatten. Das ZK-Plenum der KPU rief auf, gegen Kravčuk zu stimmen.[47] Die Sympathien der meisten Sozialisten waren offensichtlich auf seiten Kučmas. Aber die leitenden Organe der SPU und Moroz persönlich gaben den lokalen Organisationen freie Hand, selbst zu entscheiden (Moroz berief sich diplomatisch auf seine Nichteinmischung als VR-Vorsitzender).[48] Somit entsprechen die späteren Beschuldigungen der Kommunisten an die Adresse der Sozialisten, daß gerade die SPU die Verantwortung für die Wahl Kučmas trägt, nicht der Wirklichkeit.

Wegen der Unzulänglichkeit des damaligen Wahlgesetzes, das eine Wahlbeteiligung von mindestens 50% forderte, wurden im Frühjahr 1994 nur 336 von 450 Abgeordneten gewählt. Zu Beginn der ersten Sitzungsperiode hatten die drei linken Fraktionen 43% der Stimmen.[49]

Durch die Nachwahlen änderte sich jedoch die Situation. In der dritten Sitzungsperiode (Frühjahr 1995) hatte die VR 405 Abgeordnete, davon 164 Linke; in der vierten Sitzungsperiode (Herbst 1995) zählten die linken Fraktionen durch Spaltung der Fraktion "Agrarier" nur 143 Abgeordnete. Mit anderen Worten: ihr Anteil verringerte sich im Lauf von eineinhalb Jahren von 43% auf 35,3%.[50]

Den Linken fehlten Stimmen, um den Beschluß des Präsidiums der VR über das Verbot der KPU aufzuheben. Dieser Beschluß wurde mehrmals zur Abstimmung gestellt. Einmal erhielt er sogar die Unterstützung der Mehrheit, aber Moroz unterzeichnete ihn nicht, weil unter den Ja-Stimmen auch nichtanwesende Abgeordnete waren. Danach kam man nicht mehr auf diese Frage zurück.

Die Fraktionen der SPU und der "Agrarier" bezogen in vielen Fällen Positionen der "starken Staatlichkeit" ("deržavnost'") . So unterstützten sie 1994 die Suspendierung des Gesetzes über die Errichtung der Staatlichkeit der Krim (das die VR der Krim unter Druck des Blocks "Rußland" angenommen hatte). Mehr als 20% der Fraktion der "Agrarier" und 40% der Sozialisten

---

46 Vybory v Ukrajini 1994, Kyjiv 1995, S. 176-177.

47 Komunist, 16, 1994.

48 Tovaryš, 29, 31, 1994.

49 Damals galt noch die Verfassungsnorm, nach der die Mehrheit von der Zahl der Abgeordneten, deren "Vollmacht anerkannt war", berechnet wurde. Somit betrug die einfache Mehrheit 169, das Quorum 224 Stimmen. Das erlaubte die Wahl des Vorsitzenden Moroz (Ja-Stimmen: 171). Nur für Verfassungsänderungen waren 300 Stimmen erforderlich.

50 Berechnungen des Autors auf der Grundlage offizieller Daten der VR.

unterstützten den für die außenwirtschaftlichen Beziehungen der Ukraine prinzipiell wichtigen Beschluß über den Bau eines Ölterminals im Gebiet Odesa.

Die wichtigste Frage war jedoch die Annahme der neuen ukrainischen Verfassung. Dafür war die verfassungsmäßige Mehrheit – 300 Stimmen – erforderlich. Deshalb konnten sowohl Linke als auch Rechte ihre Annahme blockieren. Dank der Kompromißbereitschaft von Moroz sowie der Fraktionen von SPU und SelPU wurden sowohl die grundlegenden, äußerst kontroversen Artikel als auch die gesamte Verfassung angenommen. Bei der Abstimmung über den Verfassungsentwurf in dritter und letzter Lesung unterstützten ihn 63% der SPU-Fraktion, 84% der Fraktion der "Agrarier" (die "Agrarier für Reformen", die sich abgespalten hatten, unterstützten ihn hundertprozentig) und 22,5% der Kommunisten (23 Abgeordnete stimmten dafür, 38 dagegen, 11 enthielten sich der Stimme, und 7 stimmten nicht ab). Das ZK der KPU verurteilte jene, die mit "Ja" gestimmt hatten, und 5 von ihnen wurden ausgeschlossen, was eine zwiespältige Reaktion bei den örtlichen Parteiorganisationen auslöste.

Waren die Linken bis 1994 für das Mehrheitswahlsystem und die Aufstellung von Kandidaten durch die Arbeitskollektive eingetreten, so begriffen sie allmählich, daß es mit jedem Jahr für sie schwerer wird, in Direktwahlkreisen zu gewinnen. Deshalb traten die stärksten Parteien, sowohl die Linken (KPU, SPU) als auch die Rechten (Ruch), für das gemischte Wahlsystem und die Einführung der 4-Prozent-Hürde ein. Trotz der ablehnenden Position des Präsidenten wurde das neue Gesetz im September 1997 verabschiedet (nachdem es die Expremierminister Jevhen Marčuk und Pavlo Lazarenko mit ihren Anhängern unterstützten).

Auf die ukrainischen Linken kann man die Klassifizierung anwenden, die der deutsche Politologe Herbert Kitschelt vorschlug (ausgehend von der Wählerunterstützung der Parteien in postkommunistischen Gesellschaften):[51] SelPU – Klientelpartei; PSPU – Ein-Führer-Partei; KPU – Mischform aus Klientelpartei und "Programm"partei (auf ideologischer Basis). Diese Mischform war auch für die SPU charakteristisch, doch waren die ideologischen Momente lange Zeit hindurch nicht klar genug definiert. Zudem stand an der Spitze der Partei ein charismatischer Führer.

Die Kandidaten, die auf den vorderen Listenplätzen der großen Parteien rangierten, hatten eine 100%ige Garantie, ins Parlament gewählt zu werden. Kein Wunder, daß in den Listen vor allem der Parteiapparat, aber auch Vertreter der Direktoren und des Business (die die linken Parteien materiell unterstützten) dominierten.

Im Vergleich zu den Listen anderer Parteien, wo die Vertreter kommerzieller Strukturen 25% ausmachten, waren die Kommunisten in bezug auf ihre Selbstpräsentation als "Fürsprecher der Werktätigen" in vorteilhafter Lage. Trotzdem dominierten unter den ersten hundert Kandidaten der Liste der KPU (die auch bei den Wahlen ins Parlament einzogen) die Abgeordneten mit 47 Kandidaten. Arbeiter gab es nur fünf, Rentner einen, und die einfachen Bauern fehlten überhaupt. In diesem Teil der Liste gab es außer fünf Leitern von

---

[51] H. Kitschelt, Formation of Party Cleavages in Post-Communist Democracies. Theoretical Propositions. Party Politics, 1995, Vol. 1, No. 4, S. 82.

Staatsbetrieben auch fünf Leiter nichtstaatlicher Betriebe. Als Nr. 25 rangierte der Erste ZK-Sekretär der KPU bis 1991, der jetzt formell parteilose Stanislav Hurenko, stellvertretender Direktor eines Joint-venture (mit Beteiligung westlichen Kapitals).[52]

Von 33 Kandidaten, die auf der Liste des SPU-SelPU-Blocks standen, vertraten fünf (d.h. jeder sechste) kommerzielle Strukturen. Unternehmer gab es auch in der Liste der ultraradikalen PSPU. Sogar unter den ersten zehn gab es zwei Unternehmer, was sich weder die KPU noch der Block SPU-SelPU leisten konnten.[53]

Bei den Wahlen 1998 errangen die Linken einen großen Erfolg. Für die Kommunisten stimmten 24,7% der Wähler, für den Block SPU-SelPU 8,6% und für die PSPU 4,05%. Die Kommunisten erhielten 84 Listenmandate und 39 Direktmandate (wodurch sie zur stärksten Fraktion im Parlament wurden); der Block SPU-SelPU erhielt 29 bzw. 6 (von den letzteren entfielen 4 auf die SPU und 2 auf die SelPU) und die PSPU 17 und 3. Selbst wenn man die Mandate der PSPU, die sich gegenüber den "Opportunisten" abgrenzte, unberücksichtigt läßt, erhielten die KPU und der Block SPU-SelPU zusammen 35% der Mandate und 50,2% der Listenmandate.

In einigen Gebieten war der Erfolg der Kommunisten sogar noch größer: Im Gebiet Luhansk entfielen auf ihre Liste 45,98%, im Gebiet Donec'k 35,5%, auf der Krim 39,1%. Die KPU wurde damit praktisch zu einer gesamtnationalen Partei, nur in den Gebieten Ivano-Frankivs'k und Ternopil' konnte sie die 4-Prozent-Hürde nicht überwinden (selbst in der Hochburg des Antikommunismus, im Gebiet L'viv, erreichte sie 4,1%; zum Vergleich: die Ruch kam in sechs Gebieten nicht über die Hürde).[54]

So erfolgreich die Linken insgesamt auch waren, so verteilten sich doch ihre Stimmen regional unterschiedlich, was besonders für die KPU und die PSPU gilt. Die PSPU übersprang die Hürde dadurch, daß sie im Gebiet Sumy, der traditionellen Hochburg von Vitrenko, 20,9% der Stimmen erhielt. Ein Teil der potentiellen Stimmen für die Linken entfiel auf Gebilde, die von der Exekutive eigens "für die Wahl" geschaffen worden waren: Die absichtlich aufgeblähte Liste der zur Wahl nach dem Verhältniswahlrecht zugelassenen Gruppen zählte 30 Parteien.

Laut Erhebungen des Kiever Internationalen Instituts für Soziologie (KMIS) unterschieden sich die linke und die linkszentristische Wählerschaft erheblich in ihrer Einstellung zur Unabhängigkeit der Ukraine. Unter den linken Wählern machten bei der Wahl 1998 die Anhänger einer Integration mit Rußland bei gleichzeitiger Schaffung supranationaler Strukturen eine Mehrheit von über 69% aus, während sich von den linkszentristischen Wählern 65% dafür aussprechen, daß die Ukraine und Rußland unabhängige, wenn auch befreundete Staaten sein

---

52 Der Politologe Mykola Tomenko richtete erstmals am Vorabend der Wahlen in der Presse das Augenmerk auf die Vertretung von Geschäftsleuten in der Liste der KPU. Im Zusammenhang damit bezichtigten die Kommunisten ihn der Verleumdung, verloren jedoch den Prozeß. Die Gegner der Kommunistischen Partei nutzten auch die Tatsache, daß der Sohn Symonenkos Jurist in einer Geschäftsbank war und die Tochter von Kateryna Vaščuk, der Vorsitzenden der propräsidentischen Agrarpartei, heiratete.

53 Analyse der Parteilisten von Oleksyj Haran' und Kateryna Fonkyč.

54 Parlament Ukrajiny: Vybory-98, Teil 2, Kyjiv 1998, S. 515.

sollen ("mit offenen Grenzen und ohne Visa und Zölle", wie es die soziologischen Fragebögen formulierten). Dieser Anteil ist im übrigen genauso hoch wie in der rechtszentristischen Wählerschaft.[55]

Diese Orientierungen hängen mit der Struktur der Wählerschaft zusammen. Tabelle 1 zeigt: Das Überwiegen von Ukrainern in der ethnischen Zusammensetzung jeder Wählergruppe nimmt zu, je weiter man von links nach rechts geht. Fast die Hälfte der linken Wähler sind Personen über 60 Jahre, bei den linkszentristischen Wählern ist dieser Anteil etwas niedriger. Die linken Wähler sind die mit der niedrigsten Bildung.

Laut Angaben des KMIS ist die Gruppe der linken Wähler die einzige, in der die Aussage: "Das Wichtigste für die Verbesserung des Wohlstands der Menschen ist die Entwicklung des privaten Unternehmertums" mehr Ablehnung als Zustimmung findet (65,9 gegenüber 15,1%). Schon in der Gruppe der linkszentristischen Wähler war der Anteil der Befürworter und Gegner des privaten Unternehmertums ausgeglichen (39,4 bzw. 40,2%).[56]

Auf der Basis der Wahlergebnisse hat Andrew Wilson die folgende Hypothese formuliert, mit der er erklärt, warum die Kommunisten nicht nach rechts gedriftet sind (wo sie doch links, mit Ausnahme der PSPU, keinen realen Gegner hatten und daher hätten versuchen können, von den Sozialisten einen Teil der Stimmen zu sich hinüberzuziehen). Der Grund dafür könnte sein,

Tabelle 1: Zusammensetzung des Elektorats nach sozialen und demographischen Kriterien

Soziale und demographische Kategorien	Wählerschaft			
	links	links-zentristisch	rechts-zentristisch	rechts
	N = 310	N = 200	N = 244	N = 220
Altersgruppen				
18 - 29 Jahre	5,6	12,1	23,9	12,3
30 - 44 Jahre	17,8	20,5	35,4	28,3
45 - 59 Jahre	30,2	25,6	18,7	24,0
60 Jahre und darüber	46,4	41,8	22,0	35,5
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0
Bildung				
Weniger als allgemeiner Mittelschulabschluß	27,8	20,7	11,6	27,6
Allgemeiner Mittelschulabschluß	29,7	34,4	26,8	29,2
Mittlerer Fachschulabschluß	27,6	22,4	33.2	24,9
Hochschulbildung (mit und ohne Hochschulabschluß)	15,0	22,6	28,4	18,2

[55] Valerij Chmel'ko, Osoblyvosti elektorativ livych, in: Ukrajins'ki livi: miž leninizmom i socialdemokratijeju. Hrsg.: Oleksij Haran'/Oleksandr Majboroda. Kyjiv 2000 (mit Unterstützung des Kiever Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung).

[56] Ebd.

Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0
Ethnische Selbstzuordnung				
Ukrainer	62,9	70,2	80,1	91,4
Russen	33,9	23,6	14.9	5,0
Sonstige	3,2	6,1	5,0	3,6
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0

daß sich die regionale Basis der KPU und der SPU nur zum Teil überschneidet. Da aber die Kommnisten im Osten keine Konkurrenz hatten, hätte ihr Rechtsschwenk nur eine Stärkung der Ultraradikalen zu Lasten der KPU zur Folge haben können.[57]

Allerdings wurde der Erfolg der Linken bei den Listenmandaten nicht durch einen entsprechenden Erfolg bei den Direktmandaten untermauert. Hier erhielten sie nur 48 von 223 Mandaten (21,5%). In der Westukraine bekamen sie nicht ein einziges Direktmandat.

Somit unterstützten die Wähler bei der Listenwahl vor allem die Idee einer Rückkehr zur sowjetischen Lebensweise als "sozialen Traum". Bei der Stimmabgabe für einen konkreten Kandidaten kam es dann mehr auf dessen Handeln zur Lösung praktischer Fragen im jeweiligen Wahlkreis an, und den Vorzug erhielten parteilose Kandidaten, die über materielle Mittel verfügten. Auf solche Kandidaten entfielen 101 der 223 Direktmandate. Außerdem führte die Ablehnung von Absprachen mit dem Block SPU-SelPU seitens der KPU bei der Aufstellung von Kandidaten in den Direktwahlkreisen zu einem gegenseitigen Vernichtungskampf: Da es nur einen Wahlgang gab, siegte häufig ein dritter Kandidat.

So kam es, daß die zusätzlichen Sitze, die die Linken in der Listenwahl auf Kosten der an der 4-Prozent-Hürde gescheiterten Parteien erhielten, durch das schlechte Abschneiden in den Direktwahlkreisen kompensiert wurden. Letzten Endes entsprach die Mandatverteilung der Linken, der Zentristen und der Rechten in etwa den Ergebnissen der Listenwahl.[58] Andrew Wilson und Sarah Birch weisen besonders darauf hin, daß die Linken, was die Zahl der Stimmen und Mandate betrifft, ungefähr das gleiche Ergebnis wie 1994 erzielten. Nach ihrer Auffassung hat "die Ukraine noch kein wirkliches *nationales* Parteiensystem, sondern nur einzelne lokale Systeme, deren Summe aber jetzt zu ziemlich zuverlässig vorhersagbaren Gesamtergebnissen führt". Daher "ist die Instabilität in der Parlamentspolitik nicht auf Turbulenzen im Wählerverhalten zurückzuführen, sondern eher auf Instabilität im Parteiensystem auf der Ebene der Eliten".[59]

Die Wahlen zu den lokalen Radas zeigten, wie schon 1994, daß parteilose Kandidaten bevorzugt werden, die die Probleme der Stadt und des Bezirks lösen können (dabei handelt es sich in erster Linie um Leiter der lokalen Exekutivorgane und Direktoren). Unter den Abgeordneten der lokalen Radas waren nur 7,6% Parteivertreter, wobei die Kommunisten besser als die anderen Parteien vertreten waren. Aber auch sie hielten nur 2,9% der Mandate,

---

57 Andrew Wilson, The Long March of the Ukrainian Left (für das Jahr 2000 vorgesehen zur Veröffentlichung in "Slavonic and East European Review").

58 Vybory-98: hromads'ka dumka ta perspektyvy polityčnogo rozvytku Ukrajiny. Kyjiv 1998, S. 41.

59 Andrew Wilson/Sarah Birch, Voting Stability, Political Gridlock: Ukraine's 1998 Parliamentary Elections, Europe-Asia Studies, 6, 1999, S. 1040, 1060.

die Sozialisten lediglich 0,25% und die Agrarier 0,13%. Der Anteil der Parteivertreter stieg unter den Vorsitzenden der Bezirks- und Gebietsradas auf 19,6%. Entsprechend erhöhte sich auf dieser Ebene die Repräsentanz der KPU, die hier auf 6,4% kam, die APU auf 4,1% und die NDP auf 3,8%. Schwach waren hier immer noch die SPU mit 0,8%, die SelPU mit 0,4 und die Nationaldemokraten mit dem gleichen Anteil vertreten.[60] Daraus ist ersichtlich, daß weder die Linken (mit Ausnahme der KPU) noch die Rechten über ein solches Organisationsnetz wie die KPU bzw. über solche "administrativen" Einflußhebel wie die APU und die NDP verfügten.

Die Linken rechneten etwa zwei Drittel der Wähler zu ihrem Wählerpotential (11 Mio., die unregelmäßig Lohnzahlungen erhielten, und 14 Mio. Rentner). Aber gestimmt haben für die Linken nur 9 Mio. Wähler. Das bedeutet nach Meinung von Soziologen, daß ein bedeutender Teil der Wähler "Schatteneinkünfte" hat und daß folglich die Vorstellungen vom realen (im Unterschied zum formell-statistischen) Lebensstandard sowie von der Bereitschaft derer, die in schwierigen materiellen Verhältnissen leben, links zu wählen, revisionsbedürftig sind.[61]

Im neuen Parlament erhielten alle linken Fraktionen 38% und die nichtlinken, präsidententreuen 41% der Mandate. Eine besondere Rolle hätten die "Hromada"-Fraktion des in Ungnade gefallenen Expremiers Lazarenko und die Fraktionslosen mit 16,6% spielen können. Ihre Position konnte den Ausschlag zur Bildung einer linken oder einer rechten Mehrheit in der VR geben. In dieser Situation hing vieles von der Exekutive ab. Aber statt sich um die Bildung einer rechtszentristischen Mehrheit zu bemühen, wurde die These von der "linken Mehrheit" und von der Wahl Moroz' zum VR-Vorsitzenden als "Hauptgefahr" für die Ukraine in die Welt gesetzt.

De facto förderte die Präsidialadministration die Wahl des gut "lenkbaren" Tkačenko zum VR-Vorsitzenden (wonach sich die Fraktion "Linke Mitte" spaltete und sich eine selbständige Fraktion der SelPU bildete). Erster Stellvertretender Vorsitzender der VR wurde der Zweite Sekretär des ZK der KPU, Adam Martynjuk, und stellvertretender Vorsitzender Viktor Medvedčuk, einer der Kučma nahestehenden "Oligarchen" und Führer der SDPU(o). Die Kommunisten erhielten den Vorsitz in fünf Ausschüssen, darunter so entscheidende wie Auswärtige Angelegenheiten, Nationale Sicherheit und Verteidigung, Wirtschaftspolitik, Staatsaufbau, Rechtsreform. Das konnte man allerdings auch der Taktik des Präsidenten zuschreiben, mit der er das Parlament diskreditieren, das Ausbleiben von Wirtschaftsreformen rechtfertigen und sich selbst als Kämpfer gegen die "linke Gefahr" darstellen wollte.

Dazu trugen auch Äußerungen Tkačenkos bei, in denen Nostalgie nach der Sowjetzeit und nach der sowjetischen Rhetorik und Mythologie offensichtlich waren. Tkačenko versuchte den Eindruck zu erwecken, als sei die Ratifizierung des russisch-ukrainischen Grundlagenvertrags (in dem endlich die Anerkennung der heutigen Grenzen der Ukraine durch Rußland festgeschrieben wurde) durch das russische Parlament Anfang 1999 sein Verdienst. Gerade nach Tkačenkos Besuch in Moskau Ende 1998 erschienen in den Massenmedien

---

60 Berechnungen des Verfassers auf der Basis von Angaben des Sekretariats der VR.

61 Vybory-98: hromads'ka dumka ta perspektyvy polityčnogo rozvytku Ukrajiny. Kyjiv 1998, S. 46.

Äußerungen, daß Rußland auf Tkačenko setzen könnte, und es wurde auf die Ähnlichkeit zwischen Tkačenko und Lukašenko hingewiesen. Anfang 1999 hielt Tkačenko im illegitimen Parlament von Belarus' Lobreden auf das Lukašenko-Regime.[62] Aber trotz seiner Integrationsrhetorik betrug die Zustimmung zu Tkačenko im beginnenden Präsidentschaftswahlkampf nur wenige Prozente. Es überrascht nicht, daß Tkačenko auf dem Höhepunkt des Wahlkampfes zu betonen begann, daß er keineswegs die Unabhängigkeit der Ukraine in Frage stelle. Und nach der Formierung der "Vier von Kaniv" (siehe unten) unterstützte Tkačenko Marčuks Idee der Aussöhnung mit denen, die 1943-1950 in der Westukraine die Ukrainische Aufstandsarmee (UPA) unterstützt hatten. Auch das ist ein Zeichen für eine Akzentverschiebung hin zu "Staatlichkeit".[63]

Im Zusammenhang mit dem Kosovo-Konflikt konnten die Linken erreichen, daß ein Beschluß der VR gefaßt wurde, der die Zusammenarbeit ("distinctive partnership") zwischen der Ukraine und der NATO in Frage stellte. Die radikal antiwestliche Haltung der Linken wurde jedoch von Kučma als Trumpfkarte beim Streben nach Unterstützung durch den Westen ausgespielt.

5. Spaltung der Linken und Wiederholung des "russischen Schemas" bei den Präsidentschaftswahlen

Der ernsthafteste Konkurrent Kučmas bei den Präsidentschaftswahlen 1999 war Moroz. Deshalb versuchte die Präsidialadministration, die Linken zu spalten und dafür zu sorgen, daß der für sie weniger gefährliche Führer der KPU den zweiten Wahlgang erreicht.

Im Februar 1999 schlug die SPU der KPU ein Abkommen vor, dem zufolge einer der beiden Parteiführer der gemeinsame Präsidentschaftskandidat werden und der andere für das Amt des Ministerpräsidenten kandidieren sollte. Von ideologischen Differenzen war keine Rede. In ihrer Antwort verlangte die KPU von der SPU, "die theoretischen Grundlagen des Marxismus-Leninismus", insbesondere zur Rolle des Klassenkampfes, anzuerkennen sowie "die Untauglichkeit aller Modelle der westlichen Demokratie" zu erklären.[64] Ein solches Dokument zu unterzeichnen hätte für die SPU die völlige ideologische Unterwerfung unter die KP bedeutet.

An ein und demselben Tag, am 15. Mai 1999, nominierten die KPU, die SPU und die PSPU Symonenko, Moroz und Vitrenko als ihre Präsidentschaftskandidaten. Am 29. Mai wurde Tkačenko als Kandidat der SelPU nominiert. Die KPU und die SPU erklärten beide die Bildung eigener Oppositionsvereinigungen. Mit Jurij Buzduhan, dem Führer der SDPU(o), stand an der Spitze der Vereinigung zur Unterstützung von Moroz zwar nur der Chef einer kleinen Partei, aber dieser Umstand verlieh den Erklärungen der Sozialisten, sie würden sich

---

62 Holos Ukrajiny, 29.1.1999. Das Paradox liegt darin, daß der von den ukrainischen Linken so gepriesene Lukašenko das rechtmäßige Parlament, in dem auch die KP von Belarus' vertreten war, auseinandergejagt hatte.

63 Holos Ukrajiny, 31.8.1999, 14.9.1999.

64 Komunist, 12, 1999.

zur Mitte hin bewegen, eine gewisse Legitimität. Von allen Präsidentschaftskandidaten war Moroz bei den Mitgliedern des größten Gewerkschaftsverbands der Ukraine, der Föderation der Gewerkschaften der Ukraine (FPU), am populärsten. Laut einer Umfrage unter aktiven Gewerkschaftlern sprachen sich 36,7% der Befragten für Moroz und nur 13,1 für Kučma aus. Dennoch gab das Präsidium des FPU-Rats seinen kollektiven Mitgliedern das Recht, sich selbständig festzulegen.[65]

Der Wahlkampf 1999 ließ in der Taktik und Propaganda von Symonenko, Tkačenko und Vitrenko nichts wesentlich Neues erkennen. Ihre Aktionen fügten sich im grossen und ganzen in das "russische Szenario", das die Präsidialadministration zu inszenieren versuchte. Die Präsidialadministration bemühte sich nachdrücklich, die öffentliche Meinung in dem Sinne zu beeinflussen, daß der Kampf eigentlich zwischen "Demokratie" und "Kommunismus" stattfinde (d.h. zwischen Kučma und Symonenko, während gleichzeitig das Hauptangriffsziel Moroz war).

Anders als die übrigen Linken war Moroz tatsächlich bemüht, sich das Image eines Politikers zu geben, der ein breites Wählerspektrum anspricht, von Links- bis zu Rechtszentristen. Unterstützung erhielt er auch von einigen Rechtszentristen: von der kleinen Partei "Vorwärts Ukraine!" (unter der Leitung des ehemaligen VR-Vizevorsitzenden Viktor Musijaka), von Exjustizminister Serhij Holovatyj sowie von einem einstigen unversöhnlichen Gegner, dem Rechtsradikalen Stepan Chmara ("Unter einem Präsidenten Moroz werde ich in die Opposition gehen, aber ich bin sicher, es wird unter ihm auch eine Opposition geben"). Mit Moroz sympathisierte auch ein Teil der Ruch und der Partei "Reformen und Ordnung".[66]

Moroz selbst erklärte sogar, er werde nicht gegen die rechten Kandidaten agitieren, denn "jede Stimme für sie ist eine Stimme gegen Kučma".[67] Aber trotz seines Charismas und Potentials führten Moroz und sein Team den Wahlkampf ziemlich unentschlossen, ohne klare propagandistische Aktionen und ohne den nötigen Widerstand gegen die harten Attacken des Kučma-Teams, das alle Kräfte mobilisierte.

Moroz verlor den Posten des VR-Vorsitzenden und den Zugang zu den Massenmedien, ihm wurde die finanzielle Basis entzogen, und potentielle linke Verbündete wurden von ihm abgespalten. Moroz mußte zu gefälschten Flugblättern Stellung nehmen, die angeblich im Namen der KPU gegen ihn angefertigt worden waren. Dreimal erschienen in großer Auflage gefälschte Ausgaben der Zeitung "Sil's'ki visti", die Moroz unterstützte. Die Rechtsschutzorgane konnten aber nicht feststellen, wer dieses verleumderische Material produziert hatte.

Der erste reale Schritt zur Schaffung einer überparteilichen Koalition gegen Kučma war das im Juli 1999 zwischen Moroz, Tkačenko und Marčuk geschlossene sogenannte "Abkommen über faire Wahlen". Es wurde jedoch von Symonenko und Vitrenko nicht unterzeichnet und auch nicht von Kučma. Am 24. August 1999, dem Tag der Unabhängigkeit der Ukraine, unterzeichneten Moroz, Tkačenko, Marčuk und der Bürgermeister von Čerkassy, Volodymyr

---

65 Tovaryš, 36, 1999.
66 Naperedodni: Vybory '99, S. 28-29.
67 Tovaryš, 21, 1999.

Olijnyk, in Kaniv am Grab von Taras Ševčenko einen Aufruf, in dem die Nominierung eines gemeinsamen Kandidaten vorgesehen wurde. Es war dies ein Versuch, ideologische Differenzen zu überwinden, denn Marčuk stützte sich vor allem auf die Nationaldemokraten und sogar auf Rechtsradikale sowie auf die von ihm gegründete Sozialdemokratische Union. Olijnyk stand auf rechtszentristischen Positionen. Die Schwierigkeit bei der Nominierung eines gemeinsamen Kandidaten bestand indessen nicht nur in persönlichen Ambitionen. Ideologische Differenzen konnten dem gemeinsamen Kandidaten entweder einen Teil der linken oder der rechten Wählerschaft entziehen.

Dennoch war die Bildung der Gruppe der "Vier von Kaniv" ein Durchbruch unter den Bedingungen einer Informationsblockade. Kučma reagierte nervös auf die Bildung der "Vierergruppe", er verglich sie mit dem GKČP (dem Staatskomitee für den Ausnahmezustand von 1991) und nannte ihre Mitglieder "Unmenschen";[68] die Diskreditierung des Parlaments im Fernsehen ging weiter. Eine schwere Bewährungsprobe für die "Vier von Kaniv" war das Attentat auf Vitrenko während einer Wahlveranstaltung am 2. Oktober 1999. Die von Kučma kontrollierten Massenmedien behaupteten umgehend, der Drahtzieher des Attentats sei S. Ivančenko, ein Vertrauter von Moroz. Verhaftet wurde er allerdings erst einen Monat später, die Ermittlungen dauerten Mitte 2000 noch an, über ihren Fortgang wurde nichts mitgeteilt.

Am 14. Oktober verkündeten die "Vier" das "Abkommen 3+1": Bis zu einer endgültigen Entscheidung würden Tkačenko und Olijnyk Moroz unterstützen, während Marčuk selbständig agieren sollte. Jedoch in der Nacht auf den 25. Oktober beschlossen die "Vier" überraschend die Nominierung Marčuks zum gemeinsamen Kandidaten. Höchstwahrscheinlich hatten die Partner Moroz "weich"gemacht, indem sie ihn zu der Einsicht brachten, daß seine Chancen nach der Provokation gegen Vitrenko gesunken waren.

Die SPU konnte sich jedoch mit dem Rückzug von Moroz zugunsten Marčuks, der die Unterstützung von Rechtsradikalen hatte, nicht abfinden. Die Führer der SPU äußerten Vermutungen, Tkačenko und Marčuk hätten Druck auf Moroz ausgeübt und gleichzeitig hinterrücks eine Absprache mit Kučma getroffen.[69] Es wurde der Beschluß gefaßt, daß Moroz seine Kandidatur nicht zurückziehen sollte.

Tkačenko konnte im Falle eines Sieges von Kučma den Posten des VR-Vorsitzenden nur behalten, wenn er von der KPU-Fraktion unterstützt wurde, deshalb zog er seine Kandidatur zugunsten Symonenkos zurück.

Im ersten Wahlgang erhielt Kučma 36,5% der Stimmen (laut einem "exit poll", einer Wählerbefragung am Ausgang des Wahllokals, stimmten für ihn sogar 13% derer, die bei der Wahl 1998 die Liste der KPU unterstützt hatten, und 25% der damaligen Wähler der SPU-SelPU). Alle drei folgenden Plätze wurden von Linken belegt: Symonenko – 22,2%, Moroz – 11,3% und Vitrenko – 10,97%, obwohl Umfragen von Anfang Oktober noch gezeigt hatten, daß Vitrenko den zweiten Platz belegen könnte.[70]

---

[68] Den', 31.8.1999; Tyžden', 14.10.1999.
[69] Den', 26.10.1999.
[70] Naperedodni: Vybory '99, S. 64-65.

Linke Kandidaten lagen nur in 9 der 24 Gebiete sowie auf der Krim vor Kučma. Symonenko lag in den sechs Gebieten des "roten Gürtels" (Donec'k, Zaporižja, Luhansk, Charkiv, Cherson, Kirovohrad) sowie auf der Krim an erster Stelle. Moroz führte in zwei Gebieten der Zentralukraine (Vinnica und Poltava) und Vitrenko im Gebiet Sumy. Die Konkurrenz unter den Linken selbst bestätigte, daß hier Symonenko in Führung lag. Er lag im Vergleich der drei linken Kandidaten in 12 Gebieten und auf der Krim vorn, Moroz in 6 Gebieten sowie in Kiev (wo er den zweiten Platz hinter Kučma belegte) und Vitrenko in 6 Gebieten.

Seit der Parlamentswahl war die linkszentristische Wählerschaft fast ebenso jung geworden wie die rechtszentristische (allerdings waren für die statistische Verjüngung nicht Wähler mit höherer Bildung verantwortlich, sondern im Gegenteil, deren Anteil sank). In der linken Wählerschaft blieb die ethnische Struktur praktisch unverändert, hingegen nahm im linkszentristischen Bereich der Anteil der Ukrainer erheblich zu: um 15%.

Bezeichnenderweise sprach sich bei der Wahl 1999 in der linken Wählerschaft eine Mehrheit (über 52%) für die Integration mit Rußland bei Schaffung supranationaler Strukturen aus. Unter den linkszentristischen Wählern fanden diese Ansichten nur bei 30% Zustimmung, während der Anteil der Befürworter freundschaftlicher Beziehungen zu Rußland ("mit offenen Grenzen, ohne Visa und Zölle"), aber ohne Vereinigung beider Länder, praktisch genauso hoch war wie unter den rechtszentristischen Wählern (57 bzw. 56%).[71]

Schließlich lag unter den Wählern von Moroz und Vitrenko der Anteil der Befürworter des privaten Unternehmertums um fast das Dreifache höher als der Anteil der Anhänger einer reinen Staatswirtschaft (69 zu 24%). Die Zahl derer, die es für sinnvoll hielten, dem privaten Unternehmertum allgemein den Vorzug zu geben, war in dieser Wählergruppe um mehr als viermal höher als unter den linken Wählern (15 bzw. 3,7%).[72] All das spricht dafür, daß Moroz im zweiten Wahlgang ein breiteres Wählerspektrum hätte an sich ziehen können als Symonenko.

Damit war die Taktik des Präsidententeams, Symonenko in die Stichwahl zu "hieven", aufgegangen, wenn sie auch ziemlich riskant war, denn bei einer niedrigen Wahlbeteiligung (vor allem bei der Jugend) stiegen, wie Umfragen zeigten, die Chancen Symonenkos. Die Position der Linken vor dem zweiten Wahlgang war für sie günstig. Sie erreichten zusammen 44,5% der Stimmen. Und obwohl die Kommunisten sehr vage Versprechungen machten ("wir werden eine Koalitionsregierung bilden"), unterzeichneten Moroz und Tkačenko mit vier weiteren Exkandidaten (die zusammen weniger als 1% der Stimmen erhalten hatten) einen gemeinsamen Aufruf zur Unterstützung Symonenkos.[73] Darin wurden einige Reverenzen an die erweiterte soziale Basis des KPU-Führers gemacht. Symonenko wurde mit Polens Präsident Kwaśniewski verglichen ("wie Symonenko in der Ukraine, so war er in seiner Jugend einer der Führer der Jugendbewegung in der Volksrepublik Polen"). Der Vergleich

---

71 Chmel'ko, a.a.O.

72 Ebd.

73 Vitrenko unterschrieb den Aufruf nicht. Sie verlangte von Symonenko, ihr das Amt des Ministerpräsidenten zu versprechen. Dennoch beschloß die PSPU am 10. November formell, Symonenko zu unterstützen (Den', 5.11.1999; Naperedodni: Vybory '99, S. 97).

war offensichtlich weit hergeholt, die Rolle eines "ukrainischen Kwaśniewski" paßte eher für Moroz. In dem Aufruf hieß es weiter, die Ukraine werde "keinem Bündnis beitreten, das ihre Souveränität einschränkt oder sie in einen militärischen Konflikt hineinzieht", es werde die "Gleichheit aller Eigentumsformen … und die Entwicklung des Privatunternehmertums" garantiert.[74] Diese Nuancen gaben jedoch keinen Anlaß, auf einen flexiblen Kurs Symonenkos im Falle seines Wahlsiegs zu hoffen, und sie waren in Anbetracht der Strategie, Taktik und Propaganda der KPU im Wahlkampf auch nicht überzeugend.[75]

Angesichts der orthodoxen Haltung des KP-Führers mußte Moroz etwas unternehmen, womit er beweisen konnte, daß seine Unterstützung für den KP-Kandidaten taktischer Natur war. Zwischen beiden Wahlgängen besuchte Moroz zusammen mit dem SDPU(o)-Vorsitzenden Buzduhan vom 8. bis 10. November den 21. Kongreß der Sozialistischen Internationale (SI) in Paris. Beide Parteien baten die SI, ihnen einen Status im Rahmen dieser Organisation zu gewähren.[76]

Kučmas Anhänger ihrerseits nahmen die ethnischen Konflikte in Jugoslawien und Rußland zum Anlaß zu betonen, daß es in der Ukraine gelungen sei, den Frieden zwischen den ethnischen Gruppen zu bewahren, und sie riefen vor dem zweiten Wahlgang in Flugblättern dazu auf, die Wahl zwischen "Frieden und Stabilität" und "Krieg" zu treffen. Die Föderation der Gewerkschaften der Ukraine, die sich im ersten Wahlgang nicht festgelegt hatte, rief dazu auf, in der Stichwahl für Kučma zu stimmen. Da ein Sieg Symonenkos die Position der KPRF im Vorfeld der für den Dezember 1999 angesetzten Parlamentswahlen in Rußland stärken würde, agitierte der erste russische Fernsehkanal ORT für Kučma und unterstrich die Realitätsferne der Parolen der KPU von einer Union mit Rußland (was ohne Zweifel die prorussischen Stimmungen im Osten der Ukraine schwächen sollte).

In der Stichwahl am 14. November 1999 stimmten 10,67 Mio. Wähler (37,8%) für Symonenko, während Kučma 15,87 Mio. Stimmen (56,25%) erhielt. Gegenüber dem ersten Wahlgang war damit die Unterstützung für Symonenko um 82% gestiegen! (Laut einem "exit poll" am Tag der Stichwahl wählten ihn 55% der Wähler Vitrenkos, 59% der Wähler Moroz' und 25% der Wähler Marčuks; Kučma erhielt die Stimmen von 63% der Wähler Marčuks, 29% der Wähler Moroz' und sogar 35% der Wähler Vitrenkos).[77] Obwohl die Unterstützung für Kučma nur um 65% stieg, reichte das für den Sieg. Besonders wichtig war die Wahlbeteiligung der Jugend. In den Gebieten, in denen die Bevölkerung jünger als im Landesdurchschnitt ist (jünger als 38 Jahre), siegte Kučma in 10 von 13 Gebieten, während in den Gebieten mit einer

---

74 Komunist, 45, 1999.

75 Vor dem zweiten Wahlgang war in einem Aufruf anläßlich des Jahrestags der Oktoberrevolution nicht nur von der Industrialisierung und der Kulturrevolution die Rede, sondern auch von der für die ukrainischen Bauern zerstörerischen Kollektivierung; diese Maßnahmen hätten "unser multinationales Vaterland, die UdSSR, zur Avantgarde des weltweiten Fortschritts gemacht". Und kein Wort über die auch nur "fragwürdigen" Erscheinungen in der Geschichte der UdSSR. In der gleichen Ausgabe des "Komunist" war ein im Parlament gescheiterter Entwurf abgedruckt, laut dem die VR dem "Roten Siegesbanner" einen staatlichen Status verleihen sollte (Komunist, 44, 1999).

76 Tovaryš, 47, 1999.

77 Zahlen der Stiftung "Demokratische Initiativen".

Bevölkerung über dem Durchschnittsalter keiner der Kandidaten einen deutlichen Vorsprung erreichte.[78]

Im Osten, im Süden und im Zentrum lagen Kučma und Symonenko "Kopf an Kopf", aber im Norden hatte Kučma einen erheblichen Vorsprung, und im Westen schlug er Symonenko vernichtend. Kučma lag in den großen und mittleren Städten vorn (häufig selbst in denen, die in "roten" Gebieten liegen); er siegte in allen Gebietshauptstädten außer in Kirovohrad, Simferopol' und Luhansk.[79]

In der Stichwahl siegte der KPU-Führer nur in 9 Gebieten (Černihiv, Poltava, Čerkassy, Vinnica, Kirovohrad, Mykolaev, Cherson, Zaporižja und Luhansk) sowie auf der Krim, und er verlor in 15 Gebieten sowie in Kiev und Sevastopol'. 1994 hatte in 7 von diesen 9 Gebieten sowie auf der Krim Kučma gesiegt, diesmal gab man hier seinem Gegenkandidaten den Vorzug.[80] Somit wiederholten die regionalen Besonderheiten im großen und ganzen das Bild der Wahlen von 1994: Der amtierende Präsident (damals Kravčuk, jetzt Kučma) erhielt mehr Stimmen im Zentrum und im Westen der Ukraine, aber jetzt kamen noch Gebiete des Südens und des Ostens hinzu: Donec'k, Dnipropetrovs'k und Odesa (dazu Sevastopol'), was für eine gleichmäßigere Verteilung der Stimmen zwischen den Regionen spricht und eine wichtige Rolle beim Sieg Kučmas spielte. Laut einem "exit poll" verteilten sich die Stimmen der ethnischen Russen etwa zu gleichen Teilen auf die beiden Kandidaten (für Kučma 48%, für Symonenko 46%), aber Kučma führte mit großem Vorsprung bei den ethnischen Ukrainern (63:32) und unter den "sonstigen Nationalitäten" (62:53).

Besonders schmerzlich waren für Symonenko die Niederlagen in den Gebieten, in denen im ersten Wahlgang linke Kandidaten in Führung gelegen hatten (Kiev, Sumy), und erst recht in den Gebieten Donec'k und Charkiv, wo er selbst nach dem ersten Wahlgang geführt hatte. Hatten im ersten Wahlgang die drei linken Kandidaten zusammen Kučma um 2,1 Mio. Stimmen hinter sich gelassen, so verlor Symonenko am Ende mit einem Rückstand von 5,1 Mio. Stimmen, wobei er um 1 Mio. Stimmen hinter der Gesamtsumme der Linken im ersten Wahlgang zurückblieb. Das sprach dafür, daß für die Mehrheit der Bevölkerung und sogar für einen Teil der Anhänger der linken Idee eine Rückkehr der KPU an die Macht ein größeres Übel war als wirtschaftliche Schwierigkeiten. Zum ersten Mal siegten bei einer Präsidentschaftswahl diejenigen, gegen die die Linken antraten (bei den Wahlen von 1991 und 1994 hatten die Linken letzten Endes den späteren Sieger unterstützt).

Gewiß gab es bei der Wahl zahlreiche Verstöße zugunsten des amtierenden Präsidenten, und verglichen mit den Wahlen von 1991 und 1994 war sie die am wenigsten demokratische.[81] Aus soziologischen Umfragen vor der Wahl und Nachfragen am Ausgang des Wahllokals ging aber hervor, daß Kučma den Kommunistenführer besiegen würde. Insgesamt entsprach das Wahlergebnis diesen Prognosen.

---

78 Vybory Prezidenta Ukrajiny 1999r., S. 287-288, 293.
79 Ebd., S. 354; Komunist, 49, 1999.
80 Vybory Prezidenta Ukrajiny 1999r., S. 332.
81 Polityčnyj kalendar, 4, 2000, S. 29-62, 12, 1999, S. 20-23.

6. Bildung einer nichtlinken Parlamentsmehrheit

Die nach der Präsidentschaftswahl begonnenen Konsultationen zur Bildung einer Parlamentsmehrheit aus den nichtlinken Fraktionen und zur Ablösung der Leitung der Verchovna Rada beunruhigten die Linken zunächst nicht sonderlich. In Erinnerung an das Gerangel um den VR-Vorsitz 1998 hofften sie, daß die Rechten sich nicht einigen könnten. Der Präsident nutzte aber sein erprobtes Mittel. Er drohte mit einem Referendum über das Vertrauen in die VR. Es wurde weiter Druck auf Geschäftsleute ausgeübt, die oppositionelle Abgeordnete unterstützt hatten. Und schließlich spielte auch ein subjektiver Faktor eine Rolle: eine bei den Linken aufkommende Verliererstimmung. Daraufhin setzte ein Abbröckeln aller vier linken Fraktionen und der "Hromada" ein. Unter die kritische Marke der Fraktionsstärke (erforderliches Minimum: 14 Abgeordnete) sanken die Fraktionen der SelPU, der PSPU und der "Hromada".

Im Dezember 1999 bestätigte die VR den vom Präsidenten vorgeschlagenen Chef der Nationalbank, Viktor Juščenko, als Ministerpräsident. Er wurde sogar von einem Teil der Linken unterstützt, u.a. von der SelPU, der PSPU und vom "Linken Zentrum". Moroz wies insbesondere darauf hin, daß Juščenko kein Vertreter der Clans sei, sondern liberale Kräfte repräsentiere (wenngleich Moroz selbst sich bei der Abstimmung der Stimme enthielt). Die Vertreter von 11 Fraktionen (einschließlich der zu diesem Zeitpunkt noch existierenden "Hromada") paraphierten ein Abkommen über die Bildung einer Mehrheit und sprachen sich für den Rücktritt des VR-Vorsitzenden und seines ersten Stellvertreters aus. Dieser Beschluß wurde jedoch von den Linken blockiert. Daraufhin spaltete sich das Parlament in zwei Teile. Am 21. Januar 2000 stimmten die Abgeordneten der Mehrheit für den Rücktritt des VR-Vorsitzenden und seines ersten Stellvertreters. Die Mehrheit wählte die Leitung aller acht von Linken geleiteten Ausschüsse neu (wobei sie der Minderheit nicht einmal symbolische Zugeständnisse machte), sie schaffte den 7. November (den "Tag der Oktoberrevolution") als Feiertag ab und beschloß im neunten Jahr der Unabhängigkeit, das Wappenrelief der Ukrainischen SSR vom Gebäude der VR zu entfernen. Schließlich änderte die Mehrheit die Zählung der Legislaturperioden: Die 14. VR wurde zur VR der Ukraine der 3. Legislaturperiode.

Die Kompromißunwilligkeit sowohl bei den Linken als auch bei den Rechten hatte die völlige Niederlage der Linken zur Folge. Aber trotz formeller Proteste (einschließlich einer Anrufung des Verfassungsgerichts) mußten sich die Linken mit der Situation abfinden und ließen sich (mit Ausnahme der Mitglieder der PSPU) schon am 15. Februar im Sitzungssaal registrieren.

Die laufende Verstärkung der präsidentenfreundlichen Kräfte kann dazu genutzt werden, radikale Reformen durchzuführen. Jedoch fand im Verlauf des Wahlkampfes 1999 eine Bewegung zum Autoritarismus statt, u.a. in Form der Errichtung einer Kontrolle über die Finanzströme und die Massenmedien sowie einer gezielten Diskreditierung des Parlaments als Institution. Schon nach der Wahl, im November 1999, war ein Vertrauter von Moroz, der Anwalt S. Salov, unter einem erfundenen Vorwand verhaftet worden (Verbreitung einer gefälschten Ausgabe der "Holos Ukrajiny", in der der Tod Kučmas gemeldet worden war; erst am 16. Juni 2000 wurde Salov gegen die schriftliche Zusicherung, das Land nicht zu

verlassen, freigelassen). Der Druck auf örtliche Organe der Staatsmacht und auf die Presse wurde verstärkt, insbesondere wurde versucht, das Erscheinen der Zeitung "Sil's'ki visti", die Moroz unterstützt hatte, zu verhindern.[82] Nach dem sogenannten Referendum "auf Initiative des Volkes" vom 16. April 2000 könnte es sogar dahin kommen, daß die Exekutive gänzlich ohne Gegengewicht bleibt.

Gegen das Referendum insgesamt und einzelne seiner Punkte wandten sich sowohl Linke als auch Rechte (so traten z.B. bei einigen Aktionen die bekannten Persönlichkeiten der rechten Opposition, L. Luk'janenko, S. Holovatyj und A. Matvijenko, zusammen mit Moroz auf). Ende Februar unterzeichnete die SPU ein Abkommen mit der rechtszentristischen Partei "Vorwärts Ukraine!" über gemeinsame Aktivitäten bis 2003.[83]

Die Gegner des Referendums konnten gewisse Erfolge erzielen. Angesichts der ablehnenden Haltung des Europarats strich das Verfassungsgericht die zwei für die Demokratie gefährlichsten Fragen des Referendums: über ein Mißtrauensvotum gegen die 14. VR und über die Annahme einer neuen Verfassung per Referendum. Dennoch legten sich weder die SPU noch die KPU, noch die Nationaldemokraten auf eine klare Position fest, ob man mit "nein" stimmen oder das Referendum boykottieren sollte (denn einen Boykott zu organisieren und, was die Hauptsache ist, die Beteiligung am Referendum zu überwachen, war leichter als die Auszählung der Stimmen zu kontrollieren). Die Rechten lockte die Möglichkeit, den Einfluß der Kommunisten zu begrenzen. Die Führer der Linken riefen nicht offen zum Boykott auf, weil sie den Vorwurf fürchteten, sich einer "Volksinitiative" zu versagen. Symonenko und Moroz selbst gingen nicht zum Referendum.[84]

Von Vertretern der Linken wie auch der Nationaldemokraten war zu hören, der Präsident könne keinen Gebrauch von den Ergebnissen des Referendums machen. Solches Kalkül steht aber, wie der Beginn des Umsetzungsprozesses im Parlament gezeigt hat, auf schwachen Füßen, denn der Präsident verfügt über die Initiative. Bis jetzt ist nicht klar, wie die zukünftige zweite Kammer gebildet wird. Selbst wenn sie in Direktwahl gewählt wird, gibt die Vergrößerung der Wahlkreise der "Partei der Macht" einen Vorteil. Es verwundert nicht, daß Kučma sich bereit erklärt hat, bei der Wahl zum Unterhaus einem Verhältniswahlsystem zuzustimmen, da er davon ausgeht, daß das Unterhaus im neuen System keinen wesentlichen Einfluß haben wird.

Trotz der Niederlage der Linken im Parlament und beim Referendum blieb ihr Rückhalt bei den Wählern nach wie vor ziemlich hoch. Umfragen zufolge waren im Falle vorgezogener Neuwahlen Anfang April 2000 22,5% der Befragten bereit, die KPU zu unterstützen, 5% sprachen sich für die SPU aus und 3% für die PSPU. Die rechten Parteien kamen auf 17% der Befragten und die Zentristen auf 16% (35% legten sich nicht fest).[85] Damit lagen die Linken erneut in Führung, jedoch war die Unterstützung insgesamt (31%) etwas niedriger als bei der

---

82 Tovaryš, 4, 12, 26, 2000.
83 Tovaryš, 10, 2000.
84 Zerkalo nedeli, 15, 2000.
85 Den', 27.4.2000.

Wahl von 1998, und für die SPU und die PSPU entstand das Problem, die 4-Prozent-Hürde zu überspringen.

7. Die Hinwendung der SPU zur Mitte und die Strategie der KPU

Bei allen Wahlen mußte die SPU einsehen, daß sie nicht in der Lage ist, die Kommunisten im Kampf um das Protestwählerpotential zu überholen. Die Partei steht vor der Aufgabe, ihre soziale Basis zu erweitern. Das Schwanken von Moroz im Wahlkampf mal nach links, mal nach rechts hat weder ihm selbst noch der SPU zusätzliche Autorität verschafft.

Im Zuge der Vorbereitung des VIII. Parteitags der SPU veröffentlichte die Zeitung "Tovaryš" Materialien über die Sozialdemokratie des Westens, über die deutsche Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) und über den XXX. Parteitag der Französischen KP (März 2000), auf dem die Gründung einer "neuen kommunistischen Partei" befürwortet wurde. Im theoretischen Organ der SPU, der Zeitschrift "Vybir", forderte V. Jakunin, ein Befürworter einer "Modernisierung" der SPU, offen einen "demokratischen Sozialismus, dessen Grundzüge in der europäischen Sozialdemokratie und der Sozialistischen Internationale im Rahmen eines sozialisierten Kapitalismus erarbeitet und realisiert sind, d.h. wir müssen (und das ist durchaus möglich) eine Konzeption eines zivilisierten Sozialismus auf der Basis einer gewissen Konvergenz von Postsozialismus und Postkapitalismus erarbeiten".[86]

Moroz selbst stellte fest, daß "die jüngste Geschichte keinen Beleg für die Existenz des realen Sozialismus in auch nur einem Land liefert"; "niemand kann – und seriöse Politiker werden sich auch nicht anschicken, dies zu tun – die Fahrpläne genau festlegen und sagen, wo genau die Grenze verläuft, die den modernen Kapitalismus vom Sozialismus trennt. Vor einer solchen Abgrenzung haben schon die Gründerväter des Marxismus gewarnt, die postulierten, daß jedes nachfolgende soziale System Überreste des vorhergehenden in sich trägt."[87]

Solche programmatischen Aussagen riefen Unmut bei den "Traditionalisten" hervor. Auf Initiative der "Radikalen" S. Kijaško und V. Arestov wurde Ende Januar 2000 innerhalb der Sozialistischen Partei die "Sozialistische Plattform" gebildet. Am 19. Februar schloß der Politrat der SPU acht Oppositionelle aus der Partei aus, darunter die Abgeordneten Ivan Čyž, S. Kijaško und M. Lavrienko (obwohl die nach eigenen Worten schon vorher ihren Parteiaustritt erklärt hatten). Für diesen Beschluß stimmten 63 Mitglieder des Politrats (bei 11 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen).[88] Der Vorsitzende des Ausschusses der VR für Meinungs- und Informationsfreiheit, Ivan Čyž, war der (nach Moroz) zweitprominenteste Mann der SPU und einer der vier direkt gewählten SPU-Kandidaten. In der Presse wurde schon von Čyž als dem möglichen Führer einer zukünftigen UKP gesprochen. Sein Austritt hat der Sozialistischen Partei zweifellos geschadet.

---

86 Vybir, 1-2, 2000, S. 33.
87 Tovaryš, 9, 2000.
88 Tovaryš, 9, 12, 2000.

Schon am 8. April fand der Gründungsparteitag der "Allukrainischen Vereinigung der Linken 'Gerechtigkeit'" statt. Da Funktionäre wie Arestov und Kijaško in der SPU dem linken Flügel angehört hatten, war zu erwarten, daß die "Gerechtigkeit" Positionen links von der SPU einnehmen würde. Die Partei erklärte sich jedoch zu einer linkszentristischen Kraft und trat für ein "gemischtes Wirtschaftssystem" sowie für eine Neubewertung der Rolle des Klassenkampfes ein (zu den "Werktätigen" wurde auch der "im Rahmen der Gesetze tätige Unternehmer" gezählt). Zwar gab es Verweise auf den "von Lenin schöpferisch entwickelten Marxismus", aber auch andere Modelle wurden nicht verworfen. Čyž gab ein klares Bekenntnis der neuen Partei zur "Staatlichkeit" ab. So sprach sich die "Gerechtigkeit" für die Blockfreiheit der Ukraine, für "partnerschaftliche Beziehungen zu unseren nächsten Nachbarn und zu den Ländern der slawischen Welt" sowie für einen offiziellen Status der russischen Sprache aus. Mit anderen Worten, dies stand in keiner Weise im Widerspruch zu den Positionen der SPU und zeigte, daß die Spaltung keineswegs aus ideologischen Gründen erfolgt war. Das neue Gebilde betonte seine konstruktive Haltung, u.a. auch im Verhältnis zu Kučma: "Wir haben keine Angst davor, daß man uns vorwirft, 'das Regime zu retten': Wir bieten diesem Regime schon heute unsere konstruktive Vision der weiteren Entwicklung an – um der Wiedergeburt der Ukraine willen!"[89] All dies bestätigte die Meinung von Analytikern, die vermuteten, daß das Vorgehen der Gründer der neuen Partei im Interesse der amtierenden Staatsmacht lag, die nach wie vor in Moroz ihren Hauptgegner sah und ihre Kampagne zu seiner Schwächung und Diskreditierung fortsetzte.

Zugleich bot der Parteiaustritt der Anhänger von Čyž der SPU die Möglichkeit, sich um Moroz zu konsolidieren. Sie nahm entschlossen eine Neuregistrierung ihrer Mitglieder vor und legte als einzige Partei der Ukraine Zahlen zur Mitgliederstärke ihrer Gebietsorganisationen vor. Die Mitgliederzahl der SPU war etwas gesunken: von 31.000 Ende 1999 auf 28.000 im Mai 2000. Zur "Gerechtigkeit" wanderten ca. 200 Sozialisten ab. Dennoch war die Mitgliederzahl seit der dritten Etappe des VI. Parteitags der SPU (Dezember 1998) um 7.000 angestiegen, und 2.000 neue Mitglieder waren erst nach den Wahlen von 1999 eingetreten.[90]

Auf dem VIII. Parteitag der SPU (Mai 2000) wurde eine Neufassung des Parteiprogramms verabschiedet. Reichlich vage wurde darin unterstrichen, daß die SPU (die sich selbst als "linkszentristische Kraft" charakterisiert) "von der Notwendigkeit ausgeht, eine moderne Theorie des Sozialismus auszuarbeiten unter Berücksichtigung: der marxistischen Konzeption der gesellschaftlichen Entwicklung; der Einsicht, daß es historisch notwendig geworden ist, sich von der beherrschenden Rolle der Lohnarbeit zu verabschieden; der Leninschen Konzeption sozialistischer Umgestaltungen und der widersprüchlichen Erfahrungen beim Aufbau des Sozialismus in der UdSSR; der Erfahrungen der Parteien der weltweiten sozialistischen, kommunistischen, sozialdemokratischen und allgemeindemokratischen Bewegungen".

---

89 Notizen des Verfassers vom Parteitag der "Gerechtigkeit".

90 Tovaryš, 22, 23, 2000.

Die SPU erklärte, daß sie vor allem die Interessen der Arbeitnehmer vertrete (zu denen sie auch "besonders qualifizierte Spezialisten" zählt, die "über Erfahrungen mit hohem Anforderungsprofil verfügen, die sog. 'neue Mittelklasse'") und daß sie solidarisch mit Unternehmern, Managern und Beschäftigten sei, die "auf gesetzlicher Grundlage arbeiten".[91]

Heftig kritisiert wurden der "Schwenk zur Sozialdemokratie" und die Proklamation des "demokratischen Sozialismus" als Parteiziel von den Vertretern der Lemberger Parteiorganisation, die sich als eine der orthodoxesten in der Partei erwies. Außerdem wertete der erste gedruckte Entwurf einer Neufassung des Parteiprogramms der SPU den Kampf gegen die UPA als "Bürgerkrieg", was für die gesamte linke Bewegung in der Ukraine ein kolossaler Schritt vorwärts war. Da aber die "Lemberger" und einige Delegierte aus der östlichen Ukraine verlangten, die UPA überhaupt als "faschistische Organisation" zu verurteilen, war die endgültige Formulierung folgende: "... eine Tragödie im Zusammenhang mit den gewaltsamen Aktionen der OUN-UPA und ihrer Neutralisierung durch die Staatsmacht. Diese Tragödie fügte der Einheit der ukrainischen Gesellschaft großen Schaden zu. Eine Bewertung dieses Kapitels der ukrainischen Geschichte steht noch aus."[92] Gegen diese Variante stimmten 22 (von 376) Delegierten, da sie sie als zu milde empfanden.

Bedrängt von rechts wie von links, sagte Moroz erneut, es gebe "in der Politik der Kommunisten, Sozialdemokraten und Sozialisten nicht weniger Gemeinsames als Unterschiedliches".[93] Somit nahm die SPU eine Zwischenposition zwischen den Kommunisten und der traditionellen westlichen Sozialdemokratie ein. In diesem Sinne erinnert sie eher an die "neue" Französische KP oder die PDS. Dabei hat die SPU weiterhin ein ausreichendes Potential für eine Entwicklung zur linken Sozialdemokratie hin.

Im Unterschied zur SPU verharrte die KPU nach der Niederlage bei der Präsidentschaftswahl auf den bisherigen Positionen. Der KPU-Führer bekannte, daß es ernsthafte Probleme mit der sozialen Basis der Partei gebe: eine "Entfremdung der arbeitenden Massen von der KP", Ausbleiben der notwendigen Unterstützung durch die Intelligenz, die Jugend und sogar durch das sogenannte "rote Direktorat".[94] Und trotzdem gab es keinerlei Hinweis auf die Hauptursache der Niederlage: die Nichtübereinstimmung des KP-Programms mit den Orientierungen der Bevölkerungsmehrheit. Das Plenum des ZK der KPU im Dezember 1999 gab sogar Anlaß zu der Vermutung, daß sich die KPU radikalisieren könnte. Ein Beschluß des Plenums warnte davor, den Kampf der "unterdrückten Klassen" um die Macht "allein auf die Teilnahme am Wahlprozeß zu beschränken"; auf verfassungsmäßigem Wege könne die KPU die Verwirklichung ihrer programmatischen Forderungen nicht gewährleisten. In Beantwortung der Erklärung der SPU, daß für die Wahlniederlage aller Linken "hauptsächlich die KPU-Führung" verantwortlich sei, sagte Symonenko, die SPU heize eine "antikommunistische Hysterie" an.[95]

---

91 Tovaryš, 23, 2000.
92 Tovaryš, 10, 23, 2000.
93 Tovaryš, 23, 2000.
94 Komunist, 49, 1999; 26, 2000.
95 Komunist, 49, 1999.

Bei den Nachwahlen zur VR in 10 Direktwahlkreisen am 25. Juni hätten die KPU und die SPU ihr Vorgehen koordinieren können. Wie tief aber die Widersprüche zwischen beiden Parteien geworden waren, läßt sich aus der Tatsache ersehen, daß die Zeitung "Komunist" den VIII. Parteitag der SPU mit keinem Wort erwähnte. Die Linken verloren die Nachwahlen: Nicht ein einziger ihrer Vertreter wurde gewählt.

Insgesamt ging die KPU nach der Präsidentschaftswahl in die völlige Defensive. Der Druck der antikommunistischen Kräfte wurde stärker. Ende 1999 beschloß die Gebietsrada von L'viv ein Verbot der Tätigkeit der KP-Gebietsorganisation (dieser Beschluß wurde im Juni 2000 vom Gebietsgericht des Gebiets Wolhynien aufgehoben). Am 9. März besetzte die bis dahin unbekannte Jugendorganisation "Unabhängige Ukraine" in Kiev das Quartier des ZK der KPU. Zu ihren Forderungen gehörte u.a. die gesetzlich festgeschriebene Gleichsetzung der "marxistischen kommunistischen Ideologie" mit der faschistischen sowie das Verbot von Parteien, die sich zu dieser Ideologie bekennen.

Es gab auch Anzeichen für Schwankungen in der KPU selbst. Aus der KPU-Fraktion der VR traten sechs Abgeordnete aus, unter ihnen Oleksandr Starynec', der erste Sekretär des ZK des Leninschen Komsomol der Ukraine (LKSMU). Ihm folgten drei Führer von Gebietsorganisationen des Komsomol. Bereits am 11. März 2000 fand der Gründungskongreß des Ukrainischen Kommunistischen Jugendverbands (UKSM) statt. Zu den hauptsächlichen Differenzen zwischen dem LKSMU und der KPU gehörten Forderungen, das Programm der KPU über die Aussagen zu Formen und Methoden des Klassenkampfes, zur "Anerkennung der ukrainischen Staatlichkeit" und zur Realität des gemischten Wirtschaftssystems zu ändern. Laut Starynec' erreichte der UKSM schnell eine Stärke von 3.000 Mitgliedern. Er schloß nicht aus, daß auf der Basis des UKSM später einmal eine neue Partei gegründet werden kann.[96] Ideen, daß eine UKP gegründet werden müsse, wurden auch in Kreisen der Staatsmacht laut. Das Tempo, mit dem der Gründungskongreß organisiert wurde (wie es auch bei der AVL "Gerechtigkeit" der Fall war), legte die Vermutung nahe, daß sich die Exekutive zur Bildung linker Organisationen, die die KPU und die SPU kritisierten, wohlwollend verhielt.

Eine offene Fronde innerhalb der Führungsspitze der KPU gibt es bislang nicht, mit Ausnahme des Kommunistenführers der Krim, des VR-Vorsitzenden der Krim, Leonid Hrač. Sofort nach der Bekanntgabe des Ergebnisses der Präsidentenwahl bekräftigte er seine Absicht, 2004 für das Amt des Präsidenten zu kandidieren. Hrač sprach sich nicht gegen das Referendum vom 16. April aus.[97] Und zum V. Parteitag der KPU erschien er nicht – unter dem Vorwand, er müsse auf der Krim eine Delegation der VR China unter der Leitung von Li Peng empfangen.

Der V. Parteitag der KPU (Juni 2000) brachte keine Sensationen. Selbstkritik fehlte fast völlig. Der KPU-Führer erklärte: Da es nicht gelungen sei, dem werktätigen Volk die Macht zurückzugeben, gebe es auch "keine ausreichenden Gründe, ein neues Programm zu verabschieden" (statt dessen wurde eine Erklärung des Parteitags verabschiedet). Zwar war

---

96 Zerkalo nedeli, 20, 2000, Komunist, 25, 2000.
97 Zerkalo nedeli, 9, 15, 2000.

vor und auf dem Parteitag die Rede von der Notwendigkeit, die "staatstragende" Position der KPU zu unterstreichen, aber die Aussage in der Parteitagsresolution über die "Festigung einer echten Staatlichkeit" wurde geändert in "Festigung einer sowjetischen Staatlichkeit". Symonenko sprach sogar von der Perspektive einer "Union unabhängiger sozialistischer Staaten". Zugleich wurde in der Erklärung trotz einer heftigen Diskussion die Formulierung belassen, daß "die Rechte der Eigentümer auf legal erworbenes Eigentum und die Freiheit des Unternehmertums, vor allem des kleinen und mittleren, garantiert sein sollen".[98] Keine Mehrheit fand der Vorschlag, statt von der "wiedererstandenen KPU" von der "erneuerten KPU" zu sprechen (wie es anfangs im Entwurf vorgeschlagen wurde). Dafür stimmten nur 52 Delegierte. Der terminologische Streit war aufschlußreich: Von einer "erneuerten" KPU kann bislang keine Rede sein. Mit den Ergebnissen des Parteitags konnte die Präsidialadministration zufrieden sein. Eine nichtreformierte KP läßt sich leichter bekämpfen.

8. Ausblick

Während des Präsidentschaftswahlkampfes 1999 gelang es der Administration Kučma, die Bildung einer sogenannten "dritten Kraft" zu verhindern. So wurde das "russische bipolare Schema" realisiert: die herrschende Macht gegen die "kommunistische Gefahr".

Nach der Wahl sind die Reformaussichten in der Ukraine weiterhin unklar. Die einen Analytiker meinen, daß unter diesen Umständen die Bildung einer breiten Bewegung auf allgemein demokratischer Grundlage erforderlich sei: Demokratie, Hinwendung nach Europa, Widerstand gegen die Oligarchisierung. Andere betonen, daß die Anstrengungen auf die Strukturierung des politischen Spektrums konzentriert werden müssen, um ein klar umrissenes linkes und rechtes Zentrum zu haben.

Zweifellos gibt es eine Nische, in der ein mächtiges linkszentristisches, sozialdemokratisches Gebilde entstehen kann. Und diese Nische ist noch nicht besetzt. Das liegt einer ganzen Reihe von Faktoren: Bruch der sozialdemokratischen Tradition; Schwäche der Zivilgesellschaft und der unabhängigen Gewerkschaften sowie Mißtrauen der Gesellschaft gegenüber den Parteien; Fehlen einer Mittelklasse und – unter Krisenbedingungen – drastischer Rückgang des Bruttosozialprodukts, das traditionell von der Sozialdemokratie umverteilt wird; Dominanz dreier Lager auf der politischen Bühne: der orthodoxen Linken, der ideologisch noch unzureichend identifizierten Nationaldemokraten sowie der Nomenklatura- und Oligarchengebilde der "Partei der Macht".

Die SDPU(o) ist nach wie vor weitgehend nur dem Namen nach sozialdemokratisch. Es verstärken sich Befürchtungen wegen ihrer Versuche, das politische Leben zu beherrschen (ihr bislang einziger Pluspunkt ist die begonnene Arbeit zur Publikation der westlichen und einheimischen sozialdemokratischen "Klassiker"). Einige Wissenschaftler meinen: Da die KPU die stärkste Kraft auf dem linken Flügel ist, wird es bei der Umstrukturierung dieses Flügels gerade auf ihre Position ankommen.[99] Die Frage ist, welche Kräfte und welche Personen die

---

[98] Komunist, 26, 27, 2000.
[99] Andrew Wilson, The Ukrainian Left, S. 1310.

Bewegung der KPU (oder auch nur eines Teils von ihr) zur linken Mitte hin anführen können. Vorerst bleibt die Antwort auf diese Frage unklar, und die KP agiert weiterhin als ziemlich monolithische und disziplinierte Einheit. Die Situation nach den Wahlen von 1999 hat gezeigt, daß die KP in einer Situation, in der die rechte und die linke Opposition von der Staatsmacht gezielt zerstückelt werden, eine ziemlich wichtige und in gewissem Maße sogar positive Rolle spielen kann, nämlich als Gegengewicht zu den bestehenden Oligarchisierungstendenzen. Voraussetzung dafür ist allerdings, daß die KPU nicht, wie bei der Präsidentenwahl schon geschehen, der Staatsmacht in die Hände spielt.

Die Präsidialadministration wird sicher die Schaffung präsidentenfreundlicher Gebilde am linken Flügel fördern. Vor Parlamentswahlen können die PSPU und die SelPU, die allein für sich kaum eine Zukunft hätten, reanimiert werden. Ganz sicher werden unter den zur Wahl antretenden Parteien auch Pseudogebilde mit dem Wort "kommunistisch" im Namen auftauchen.[100] Schließlich kann versucht werden, die Radikalen von der KPU abzuspalten. Allerdings kann die KP auch, wenn sie diese losgeworden ist, schließlich den Anstoß zur Modernisierung erhalten.

Was die SPU und ihren Führer angeht, so hat Moroz, angefangen mit der verlorenen Schlacht um den VR-Vorsitz, eine Reihe schwerer Niederlagen erlitten. Die Situation in der linken Mitte wird schwieriger: Außer den traditionellen Linken bemühen sich auch andere, diese Wähler an sich zu binden: die mächtige SDPU(o), eine weitere unter linkszentristischen Losungen auftretende oligarchische Vereinigung – die "Werktätige Ukraine", die neue Fraktion "Solidarität", die Partei "Gerechtigkeit", die Marčuk-freundliche Sozialdemokratische Union sowie die Ukrainische Sozialdemokratische Partei (die beiden letztgenannten führen ein Schattendasein, können aber nötigenfalls vor Wahlen reanimiert werden). Und doch ist es offensichtlich verfrüht, Moroz und seine Partei abzuschreiben mit der Behauptung, sie könnten es nicht schaffen, zur Sozialdemokratie (bzw. zu deren linkem Flügel) zu werden.

Im Kampf um die sozialdemokratische Nische lautet eine der Schlüsselfragen, wer diese Nische schneller besetzen kann: die SPU oder die SDPU(o)? Es war oben die Rede davon, daß die Vereinigten Sozialdemokraten bis in die jüngste Zeit nicht die Interessen der "Besiegten" vertreten haben, d.h. daß sie nicht die Partei des Schutzes der politischen und sozialen Interessen der Arbeitnehmer waren. Die SPU hat zum Teil auch Verbindungen zur Nomenklatura beibehalten (wenn diese in letzter Zeit auch merklich nachgelassen haben) und Kontakte zu den neuen kommerziellen Strukturen hergestellt. Letzten Endes ist die Sozialdemokratie Ostmitteleuropas ebenfalls vorwiegend aus der kommunistischen Nomenklatur hervorgegangen. Außerdem werden die Oppositionsjahre der SPU stärker als im Falle der SDPU(o) dazu beitragen, eine Politik zum Schutz der Rechte der Arbeitnehmer und der Mittelklasse zu machen.

---

[100] So kann man beispielsweise die im Juli 2000 geschaffene sog. "Erneuerte Kommunistische Partei der Ukraine" nutzen. An ihrer Spitze steht der VR-Abgeordnete Mychajlo Savenko, ehemaliges Mitglied der PSPU (Platz 5 auf deren Wahlliste) und jetziges Mitglied der oligarchischen Partei "Werktätige Ukraine".

Ein wichtiger Faktor kann für die reale Entwicklung der SDPU(o) "von rechts" und der SPU "von links" zur Sozialdemokratie hin die Position der SI sein: Wen wird sie als ihren (bzw. ihre) eigentlichen Partner in der Ukraine anerkennen? Im Hinblick auf die Rolle der Geschäftswelt sind die Vereinigten Sozialdemokraten diejenigen, die weniger auf andere angewiesen sind, daher kann hier der externe Faktor eine geringere Rolle spielen als im Fall der SPU (was allerdings die Übernahme von Losungen der SI angeht, so ist bei ihnen alles in bester Ordnung). Das Paradox liegt darin, daß, sollte die SI die SDPU(o) als ihren Partner anerkennen, damit der Anreiz für deren "Sozialdemokratisierung" geschwächt würde.

Ausländische Erfahrungen der Machtübernahme von Sozialdemokraten bieten für Moroz und seine Partei auch keinen Anlaß zu völligem Pessimismus. Der französische Sozialist François Mitterrand verlor 1965 und 1971 gegen Charles de Gaulle. Als er die PSF führte, befand sich die Partei in einer tiefen Krise und lag stärkemäßig weit hinter dem "Seniorpartner" in der linken Koalition, den Kommunisten, zurück. Und doch führte Mitterrand 1981 die Linken zum Sieg und drängte danach die Kommunisten in die Defensive. Im Grunde fürchteten die ukrainischen Kommunisten eine Wiederholung dieser Variante mit Moroz, wenn dieser 1999 erfolgreich gewesen wäre.

Folgende Szenarien scheinen möglich:

1. Fortsetzung der gegenwärtigen Situation: Stagnation, das linkszentristische Lager ist gespalten und eingezwängt zwischen der oligarchischen SDPU(o) und der nicht reformierten KPU.
2. Die SDPU(o) besetzt die sozialdemokratische Nische, indem sie sich in ein sozialdemokratisches Gewand kleidet und die Sozialdemokratie weiter diskreditiert.

   Optimistischer sind die folgenden zwei Szenarien:
3. Auf längere Sicht treten bei den Vereinigten Sozialdemokraten Kräfte hervor, die sich nicht nur verbal, sondern in der Praxis zur Sozialdemokratie hin entwickeln. In einer bestimmten Etappe kann sich dieser Teil der SDPU(o) mit anderen Kräften in diesem Spektrum, einschließlich der SPU, vereinigen. Gegenwärtig scheint eine solche Entwicklung noch wenig wahrscheinlich.
4. Die SPU bewegt sich weiter in Richtung zur Sozialdemokratie und bildet Koalitionen mit anderen linkszentristischen und sogar zentristischen Kräften.
   Eine spezifische Untervariante dieses Szenarios ist das Auftreten einer reformierten KPU (möglicherweise UKP). Sie trennt sich von den Radikalen und wird von Politikern geführt, für die das Vorbild wenn schon nicht die PDS, so doch die KP Chinas (die Marktwirtschaft mit "Nationalkommunismus" vereint) ist. In diesem Fall kann sowohl die Partnerschaft zwischen der SPU und der KPU als auch der Wettbewerb um die Führerschaft im linken Lager erneuert werden, dies aber auf einer qualitativ neuen Ebene: Es wird ein Wettbewerb zwischen reformierten Linken (Linkszentristen) sein.

Abkürzungsverzeichnis

APU	Agrarpartei der Ukraine
FPU	Föderation der Gewerkschaften der Ukraine
GKČP	Staatskomitee für den Ausnahmezustand (Moskauer Putschkomitee von 1991)
KMIS	Kiever Internationales Institut für Soziologie
KPRF	Kommunistische Partei der Rußländischen Föderation
KPU	Kommunistische Partei der Ukraine
LKSMU	Leninscher Kommunistischer Jugendverband der Ukraine
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
PSPU	Progressive Sozialistische Partei der Ukraine
SDPU(o)	Vereinigte Sozialdemokratische Partei der Ukraine
SelPU	Bauernpartei der Ukraine
SI	Sozialistische Internationale
SKU	Bund der Kommunisten der Ukraine
SLOn	Sozial-liberale Vereinigung
SPU	Sozialistische Partei der Ukraine
UKP	Ukrainische Kommunistische Partei
UKSM	Ukrainischer Kommunistischer Jugendverband
UPA	Ukrainische Aufstandsarmee
VOL	Allukrainische Vereinigung der Linken
VR	Verchovna Rada (ukrainisches Parlament)
VSR	Allukrainischer Arbeiterbund

Oleksandr Haran'

The Left Parties in Ukraine

Bericht des BIOst Nr. 27/2000

Summary

Introductory Observations

This report examines the left political parties in Ukraine since independence, focusing particularly on developments in the past two years. Sources include the Ukrainian press and a large amount of information produced by the parties about themselves.

Findings

1. In the language of Ukrainian politics the term "left forces" is generally taken to mean parties that are located to the left of social democracy. The main parties falling into this category are the Communist Party of Ukraine (CPU) and the Socialist Party of Ukraine (SPU). At present Ukraine does not really have a social democratic party, since the so-called United Social Democrats – the SDPU(o) – are in fact an oligarchic organisation and form part of the "party of power."
2. All left parties in Ukraine have their roots in the CPU, which was part of the CPSU. It is, however, only partially accurate to call them successor parties, for the material resources of the former CPU organisation were primarily taken over by those members of the communist nomenclature who formed the non-affiliated (parteilose) "party of power."
3. The revived CPU has continued to adhere to fairly orthodox positions. Unlike in Russia, however, the Communists in Ukraine had a strong partner and rival in the SPU, which was also a left party originating from their common predecessor but had a more flexible political profile than the CPU.
4. On the question of the nation-state, the CPU differs sharply from the Communist Party of Russia, which primarily represents the interests of the "titular" nation. The Ukrainian left parties draw their support from the pro-Russian electorate in Ukraine. But in spite of their pro-Soviet rhetoric, they do not in fact favour the revival of the USSR. And in general the policies of the CPU in practice are at odds with its rhetoric.
5. Voter support for the left parties is manifested in a rather paradoxical fashion. In the parliamentary elections of 1998 the party lists received 37.3% of the vote. However, in the direct election of candidates from individual constituencies, the left won only 21.5% of the seats and only 3.3% of the seats on the local councils (Radas). Although the CPU is the dominant left force, its orthodox position meant that the SPU leader, Oleksandr

Moroz, was in fact President Leonid Kuchma's most dangerous rival in the presidential elections of 1999. By successfully splitting the left-wing, the presidential administration ensured that it was the less threatening CPU leader who made it into the second round. The "Russian bi-polar model" of the ruling class versus the "communist threat" was thus transplanted to Ukraine.

6. Following the presidential elections, the non-left parties succeeded in forming a majority in parliament. The strengthening of pro-presidential forces can be used to push through reforms, although authoritarian tendencies are also discernible. Following the referendum held "on popular initiative" on 16 April 2000, a situation may emerge where the executive is unchallenged.

7. The electoral defeat of the CPU in 1999 did not result in a renewal of the party. This plays into the hands of the presidential administration, for a non-reformed communist party is easier to contend with. By contrast, the SPU has considerable potential for developing into a left-wing social democratic party. Politically, it occupies a half-way position between the Communists and the traditional Western-style social democratic parties and therefore might be compared with the "renewed" French Communist Party or the Party of Democratic Socialism (PDS) in Germany.

8. The presidential administration will obviously continue to try to split the left, even going so far as to use fictitious structures whose names contain the word "communist." Ultimately it may try to drive a wedge between the radical wing of the CPU and the rest of the party.

9. The SPU has maintained some of its contacts with the nomenclature (although these have recently become considerably weaker) and has also forged links with the new business structures. However, the years that the SPU has spent in opposition will mean that it does more to protect the rights of waged labourers and the middle class than the SDPU(o) – the party of the oligarchs.

10. An important factor in the SPU's evolution into a social democratic party could be the position of the Socialist International. If the Socialist International recognises the SDPU(o) as its partners, it could actually weaken the impetus for the SDPU(o) to become a real social democratic party.

11. The most probable scenarios are the following: 1. The "pessimistic scenario," whereby the present state of political stagnation continues, the left-centrist camp is split and hemmed in between the CPU and the SDPU(o); 2. The "optimistic scenario" whereby the SPU drifts further in the direction of social democracy and forms a coalition with other left-centrist or even centrist forces.

12. One "sub-variant" of the optimistic scenario might be the evolution of a reformed CPU. It will separate from its left-wing and its leadership will regard, if not the PDS, then the Communist Party of China (which combines market economy with national communism) as a model.